

Insolvenzen in Europa

■ Jahr 2011/12

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Einleitung	1
2	Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2011	2
2.1	Unternehmensinsolvenzen	2
2.2	Privatinsolvenzen	8
2.3	Branchenstruktur	11
3	Finanz- und Konjunkturmumfeld	17
3.1	Ertragslage	17
3.2	Eigenkapitalsituation	18
3.3	Zahlungsverhalten	20
3.4	Finanzierungsbedingungen	23
4	Länderberichte Europa	24
4.1	Deutschland	24
4.2	Großbritannien	26
4.3	Frankreich	27
4.4	Italien	28
4.5	Spanien	28
4.6	Benelux-Länder	30
5	Mittel- und Osteuropa	31
6	USA	37
7	Zusammenfassung	39
	Verzeichnis der Informationsquellen	44

■ 1 Einleitung

Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik hat sich 2011 verringert. So stand das vergangene Jahr ganz im Schatten der europäischen Schuldenkrise. Die Krise nahm insbesondere in Griechenland ein so ernstes Ausmaß an, dass die Gefahr eines Übergriffs auf andere – grundsätzlich solvente Volkswirtschaften – bestand. Aufgrund anhaltender Spannungen an den Finanzmärkten verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen sowie das Unternehmer- und Verbrauchervertrauen in Europa. Gepaart mit massiven Sparprogrammen bremste diese Entwicklung die wirtschaftliche Dynamik in Europa. Allerdings schwankte das Wachstum innerhalb Europas erheblich. Einige Volkswirtschaften wie Deutschland, die Niederlande oder Dänemark wiesen Wachstumsraten auf, die nahezu dem Niveau vor der Finanzkrise entsprechen. Auf der anderen Seite verzeichneten Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal dramatische Einbrüche. Schlimmeres konnte zum Teil nur durch die finanzielle Unterstützung aus dem Euro-Rettungsschirm verhindert werden.

Auch wenn die deutsche Volkswirtschaft von diesen Ereignissen nicht unberührt blieb, konnte sie sich doch weitgehend abkoppeln und ist im Euro-Raum gewissermaßen zu einer Konjunkturlokomotive geworden. Im ersten Halbjahr war insbesondere der stark steigende Export die maßgebliche konjunkturelle Antriebskraft. Und obwohl die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr merklich an Schwung verlor, erwies sie sich alles in allem als äußerst robust. Im Hinblick auf die Insolvenzzahlen in Europa ergibt sich 2011 ein geteiltes Bild: Während die Ausfälle in einer Vielzahl von Kernländern wie Deutschland oder Dänemark zurückgingen, hinterließ die Krise in den Peripherieländern auch bei den Unternehmensinsolvenzen ihre Spuren.

Europa im Schatten der Staatsschuldenkrise

EU-Kernländer und Peripherie-Länder driften auseinander

■ 2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2011

2.1 Unternehmensinsolvenzen

Die europäische Staatsschuldenkrise, die ihren Ausgangspunkt 2010 hatte, nahm im vergangenen Jahr ihren unheilvollen Lauf und verfestigte sich zu einer ausgewachsenen Vertrauenskrise. Die Schuldenkrise hatte die europäische Wirtschaft in 2011 fest im Griff und bestimmte – wenn auch nur indirekt – das Insolvenzgeschehen in den westeuropäischen Staaten (EU-15 plus Schweiz und Norwegen). Dementsprechend ist die europäische Insolvenzsituation im zweiten Jahr nach der Finanzkrise angespannt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum konnte so ein geringfügiger Anstieg um 0,3 Prozent verzeichnet werden. Während es 2010 insgesamt noch 174.463 Insolvenzen waren, wurden im Verlauf des Jahres 2011 174.917 betroffene Betriebe gezählt (siehe Tab. 1). Damit fällt der Anstieg äußerst moderat aus, so dass von einer Stagnation der Insolvenzzahlen zu sprechen ist. Die Zahl der Insolvenzen befindet sich allerdings im historischen Vergleich immer noch auf einem bedenklich hohen Niveau. Nur aufgrund der vergleichsweise positiven Entwicklung in den Kernländern Europas hat die Insolvenzsituation kein dramatischeres Ausmaß angenommen.

***Dank EU-Kernländern
noch Stagnation bei
Firmenpleiten***

Die Staatsschuldenkrise hatte die Peripheriestaaten des Euro-Raums im Griff. Nachdem Griechenland bereits 2010 massive finanzielle Unterstützung erhielt, mussten 2011 auch Irland und Portugal unter den Rettungsschirm der europäischen Staatengemeinschaft schlüpfen. Die prekäre Lage dieser Volkswirtschaften spiegelte sich auch im Insolvenzgeschehen wider: So finden sich Griechenland, Portugal und Irland unter den Ländern mit deutlichen Zuwächsen bei den Unternehmensinsolvenzen. Angesichts der Befürchtungen, dass auch andere hochverschuldete Länder ihre Schulden nicht bedienen würden, wurden auch Spanien und Italien von der Schuldenkrise erfasst.

***Peripherieländer am
stärksten betroffen***

Auch diese beiden Volkswirtschaften befanden sich im vergangenen Jahr unter den Staaten, deren Unternehmenssektor vergleichsweise stark mit Problemen zu kämpfen hatte.

Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa

■	2011	2010	2009	2008	2007	Veränderung 2010/11 in Prozent
Belgien	10.182	9.570	9.382	8.476	7.678	+ 6,4
Dänemark	5.447	6.461	5.710	3.709	2.401	- 15,7
Deutschland	30.200	32.060	32.930	29.580	29.150	- 5,8
Finnland	3.005	2.864	3.275	2.612	2.254	+ 4,9
Frankreich	49.506	51.060	53.547	49.723	42.532	- 3,0
Griechenland	452	355	355	359	524	+ 27,3
Großbritannien	18.571	17.468	19.908	16.268	12.893	+ 6,3
Irland	1.631	1.525	1.406	773	363	+ 7,0
Italien *)	11.792	10.089	8.354	6.498	5.518	+ 16,9
Luxemburg	961	918	698	590	680	+ 4,7
Niederlande	7.000	7.211	8.040	4.635	4.602	- 2,9
Norwegen	4.361	4.435	5.013	3.637	2.845	- 1,7
Österreich	6.194	6.657	7.076	6.500	6.362	- 7,0
Portugal	6.025	5.144	4.450	3.267	2.123	+ 17,1
Schweden	7.177	7.546	7.892	6.298	5.791	- 4,9
Schweiz **)	6.661	6.255	5.215	4.222	4.314	+ 6,5
Spanien	5.752	4.845	4.984	2.528	880	+ 18,7
Gesamt	174.917	174.463	178.235	149.675	130.910	+ 0,3

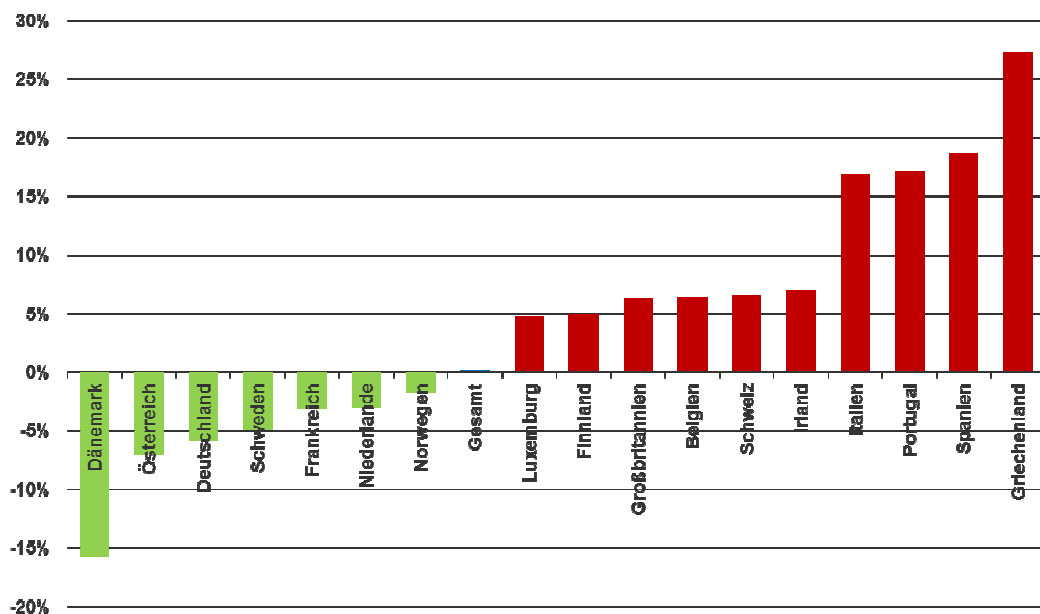
*) Umstellung der Statistik des Handelsregisters in Italien, das bis dato auch die Niederlassungen einer in Konkurs gegangenen Unternehmung erfasste, aber ab 2006 nur noch den Hauptsitz zählt. **) Seit 1.1.2008 Auflösung und Löschung von Unternehmen von Amtswegen möglich mittels eines Konkursverfahrens lt. Art. 731b OR.

Zwar konnten sich einige Volkswirtschaften wie Deutschland und Österreich den konjunkturellen Abwärtstendenzen entziehen und mit starken Wachstumswerten glänzen. Gleichwohl waren die negativen Auswirkungen des schwindenden Vertrauens und der massiven Sparprogramme in allen EU-Ländern spürbar. Auch in Volkswirtschaften mit einem ausgeglichenen Haushalt wurden die hohen Staatsschulden in den Bilanzen der nationalen Finanzinstitute zu einem enormen Risiko für die Stabilität des Bankensektors. Dementsprechend sahen sich europäische Unternehmen

Stabilität des Unternehmenssektors unter einem schlechten Stern

im abgelaufenen Jahr merklich mit steigenden Refinanzierungskosten und einem erschwerten Zugang zu Fremdkapital konfrontiert. Dem negativen Einfluss der Schuldenkrise konnte sich die europäische Wirtschaft letzten Endes nicht entziehen. Das Niveau der Insolvenzen bleibt im historischen Vergleich hoch und der Ausblick für das kommende Jahr ist mit einem hohen Grad von Unsicherheit behaftet.

Abb. 1: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa 2011

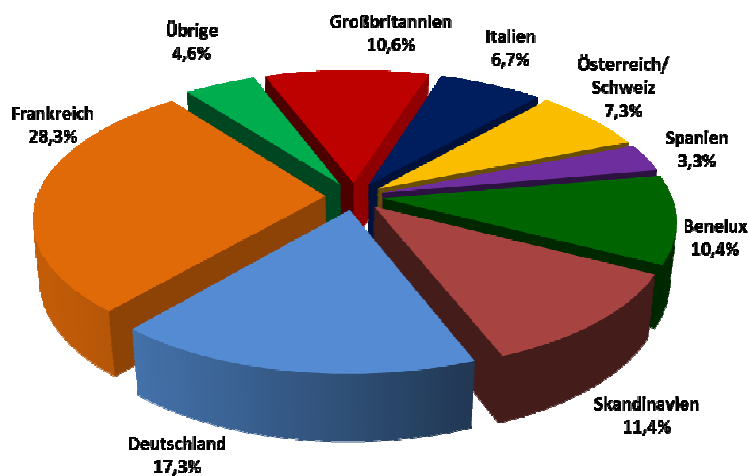


Heterogene Lage der Unternehmenslandschaft

Ein Blick auf Abb. 1 zeigt, dass sich die unterschiedliche Verfassung der westeuropäischen Volkswirtschaften im Jahr 2011 in den Veränderungsraten bei den Unternehmensinsolvenzen widerspiegelt. Verglichen mit den Zahlen des Jahres 2010 weisen Griechenland (plus 27,3 Prozent), Spanien (plus 18,7 Prozent), Portugal (plus 17,1 Prozent) und Italien (plus 16,9 Prozent) einen erheblichen Anstieg auf. Demgegenüber waren die Insolvenzen in Dänemark (minus 15,7 Prozent), Österreich (minus 7,0 Prozent) und Deutschland (minus 5,8 Prozent) rückläufig. Letzteres ist in Zeiten, in denen die Schuldenkrise zeitweise außer Kontrolle zu geraten drohte und sich die Refinanzierungsbedingungen für Unter-

nehmen enorm verschärft hatten, besonders bemerkenswert. Insgesamt hielten sich die Zunahmen und Rückgänge bei den Unternehmensinsolvenzen auf europäischer Ebene in etwa die Waage, so dass unter dem Strich eine Stagnation der Insolvenzzahlen für das Jahr 2011 festzuhalten ist.

Abb. 2: Verteilung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa



Wie im Vergleichszeitraum 2010 entfielen 2011 nahezu drei von zehn Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa auf französische Unternehmen (28,3 Prozent). Die Bundesrepublik reiht sich mit 17,3 Prozent erneut dahinter ein. Den dritthöchsten Anteil weist Skandinavien mit 11,4 Prozent auf. Der Anteil der Benelux-Staaten (10,4 Prozent) und Großbritanniens (10,6 Prozent) am europäischen Insolvenzgeschehen beträgt etwa ein Zehntel (siehe Abb. 2).

In Relation zum Unternehmensbestand wurden 2011 in Luxemburg mit 316 Konkursen pro 10.000 Unternehmen die meisten Insolvenzen gezählt. Mit einem deutlichen Abstand folgt dann Dänemark mit 182 Konkursen (siehe Tab. 2). Auch im Jahr 2011 befindet sich Deutschland mit einer Insolvenzquote von 84 Insolvenzen bezogen auf 10.000 registrierte Unternehmen im Mittelfeld – jedoch über dem europäischen Durchschnitt von

Die Grande Nation weiterhin mit den meisten Insolvenzen

Geringe Insolvenzquoten in der Peripherie Europas

68 Insolvenzfällen. Auffallend ist, dass in dieser Statistik vor allem die Peripheriestaaten des Euro-Raums tendenziell gut abschneiden. Kernländer wie Deutschland, Frankreich (94) und die Niederlande (81) weisen hingegen eher unterdurchschnittliche Zahlen auf oder finden sich wie Belgien und Österreich mit 132 bzw. 152 Konkursen gar am unteren Ende des Tableaus wieder.

Tab. 2: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern im Jahr 2011

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Griechenland	5
Spanien	18
Italien	26
Portugal	57
Schweden	68
Großbritannien	81
Niederlande	81
Irland	82
Deutschland	84
Norwegen	90
Finnland	94
Frankreich	94
Schweiz	118
Belgien	132
Österreich	152
Dänemark	182
Luxemburg	316
Durchschnitt	68

Quelle: nationale Statistikämter

Allerdings ist bei der Interpretation dieser Zahlen Vorsicht geboten, da die Darstellung der europäischen Insolvenzquoten mitunter dadurch verzerrt wird, dass die Insolvenzstatistiken der einzelnen Länder nur bedingt miteinander vergleichbar sind. Demgemäß könnte ein Grund für das Gefälle zwischen den Peripherie- und Kernländern Europas darin liegen, dass die amtliche Statistik in südeuropäischen Ländern eine große Zahl an Kleingewerbetreibenden und Selbstständigen im Unter-

nehmensbestand mitzählt. Gerade diese Gruppen melden jedoch seltener ein geregeltes Insolvenzverfahren an, sondern gehen eher den Weg einer (freiwilligen) Geschäftsaufgabe. Des Weiteren sind nationale Besonderheiten zu berücksichtigen, welche die Liquiditätslage und Solvenzprobleme im Unternehmenssektor verschleiern könnten. Nicht zuletzt darf spekuliert werden, ob die freizügigere Kreditvergabe in diesen Ländern mit einer geringeren Insolvenzquote einherging.

Tab. 3: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa *)

■	Arbeitsplatzverluste (in Millionen)
2001	1,4
2002	1,6
2003	1,7
2004	1,6
2005	1,5
2006	1,4
2007	1,2
2008	1,2
2009	2,0
2010	1,4
2011	1,5

*) Creditreform Schätzung

Die erneute – wenn auch geringfügige – Verschärfung der Lage im europäischen Insolvenzgeschehen wirkt sich auch auf die Beschäftigung in Europa aus (siehe Tab. 3). Die auf hohem Niveau stagnierende Zahl der Insolvenzen insgesamt sowie die zunehmende Zahl von Großinsolvenzen mit mehreren Tausend Entlassungen führten zu einer Erhöhung der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste. Während in Europa 2010 1,4 Millionen Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen waren, müssen 2011 ca. 1,5 Millionen Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz bangen, was einem leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr (plus 7,1 Prozent) entspricht.

Leichter Anstieg bei insolvenzbedingten Stellenverlusten

Dunkle Wolken am Horizont

Wenngleich das Niveau der insolvenzbedingten Arbeitslosigkeit nur moderat angestiegen ist, sollten insbesondere die schlechter werdenden Perspektiven auf den Arbeitsmärkten in Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal berücksichtigt werden, die viele betroffene Arbeitnehmer vor eine ungewisse Zukunft stellen. So lassen sich durch eine Finanzkrise bedingte Veränderungen in der Beschäftigtenzahl in der Regel mit einem gewissen zeitlichen Verzug verzeichnen. Insbesondere mittelständische Unternehmen reagieren auf Verwerfungen an den Finanzmärkten meist recht spät mit einem Personalabbau. Folglich sollte tendenziell eher mit einer weiteren Eintrübung der Situation an den europäischen Arbeitsmärkten gerechnet werden.

Weniger Privatinsolvenzen in der Krise

2.2 Privatinsolvenzen

Während bei der Zahl der Privatinsolvenzen im Jahr 2010 noch ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war, sind die Pleiten bei Privatpersonen 2011 – als die Schuldenkrise teilweise aus dem Ruder zu laufen drohte – zurückgegangen. In den Volkswirtschaften, die eine entsprechende Statistik zu Privatinsolvenzen führen, wurden insgesamt 1,5 Prozent weniger Privatinsolvenzverfahren gezählt als im Vorjahr. Insgesamt wurden 373.284 Fälle erfasst. Das entspricht in absoluten Zahlen einem Minus von rund 5.800 Personen (siehe Tab. 4).

Europäischer Arbeitsmarkt unter Druck

Insgesamt hat sich die Lage an den europäischen Arbeitsmärkten in der zweiten Jahreshälfte 2011 eingetrübt. Bedingt durch die konjunkturelle Abkühlung in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften sowie die strukturellen Anpassungen infolge der Staatsschuldenkrise stieg die Arbeitslosigkeit in vielen Volkswirtschaften Europas spürbar an. Arbeitslosigkeit und unverantwortliches Konsumverhalten stellen die Hauptauslöser für eine Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit dar. Dementsprechend nahm die Zahl der Privatinsolvenzen 2011 in einer Vielzahl europäischer Staaten zu.

Tab. 4: Privatinsolvenzen in Europa

■	2011	2010	2009	2008	2007	Veränderung 2010/11 in Prozent
Deutschland	129.800	137.780	129.940	126.330	135.600	- 5,8
Finnland *)	3.531	2.951	2.854	2.851	3.038	+ 19,7
Frankreich *)	56.079	44.360	41.045	33.378	27.959	+ 26,4
Großbritannien	143.871	157.712	159.641	127.241	120.775	- 8,8
Niederlande *)	14.344	11.381	8.966	9.206	14.947	+ 26,0
Österreich	10.861	10.296	10.245	9.561	8.616	+ 5,5
Schweden *)	8.051	7.987	6.589	6.528	6.831	+ 0,8
Schweiz	5.748	5.719	5.691	6.007	6.140	+ 0,5
Spanien	999	905	995	404	114	+ 10,4
Gesamt	373.284	379.091	365.966	321.506	324.020	- 1,5

*) Schuldenbereinigungsplan/-sanierungsverfahren

Den stärksten Zuwachs an zahlungsunfähigen Verbrauchern verzeichneten im Vergleich zu 2010 Frankreich (plus 26,4 Prozent), gefolgt von den Niederlanden (plus 26,0 Prozent) und Finnland (plus 19,7 Prozent). In absoluten Zahlen entfiel auf diese drei Volkswirtschaften ein Zuwachs an Privatinsolvenzen um ca. 15.300 Personen. Neben konjunkturellen Faktoren spielte vermutlich auch eine Rolle, dass Verbraucher in einen benachbarten EU-Staat ziehen, um sich dort einem Insolvenzverfahren zu unterziehen. Dieser Insolvenztourismus liegt vor allem darin begründet, dass eine Harmonisierung des Insolvenzrechts innerhalb der EU weiterhin ausbleibt. Folglich gestaltet sich die Durchführung der Insolvenzverfahren für Verbraucher höchst unterschiedlich – vor allem was die Dauer der Wohlverhaltensperiode, bis also eine Restschuldbefreiung erreicht wird, anbelangt.

„Insolvenztourismus“

Die maßgeblichen Treiber für die rückläufige Entwicklung bei den Privatinsolvenzen sind die Bundesrepublik und Großbritannien. Allein in diesen beiden Staaten ging die Zahl der Pleitiers in absoluten Zahlen im Jahr 2011 um ca. 21.820 zurück. Die Zahl der Privatinsolvenzen in Deutschland fiel 5,8 Prozent geringer aus als im Vorjahr –

**Deutschland und
Großbritannien mit
starken Rückgängen**

***Verkürzung der
Wohlverhaltensperiode
in Deutschland***

insgesamt sind 129.800 Fälle (2010: 137.780) gezählt worden. Wie dem Creditreform Schuldneratlas 2011 zu entnehmen ist, hat die private Überschuldung mit der weiter aufhellenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturlage in Deutschland abgenommen. Ein Wermutstropfen bleibt jedoch: Das Niveau der Privatinsolvenzen bleibt weiter hoch. Und es ist nicht davon auszugehen, dass Deutschland diese Zahl mittelfristig reduzieren kann. Mit der von sechs auf drei Jahre verkürzten Wohlverhaltensperiode wird die Zahl der Privatinsolvenzen voraussichtlich stark zunehmen. Eventuell ist in der durch diese Perspektive verursachte Zurückhaltung bei der Eröffnung eines Verfahrens auch ein Grund für den starken Rückgang der deutschen Insolvenzzahlen zu sehen.

***Private Verschuldung
als Volkskrankheit***

In Großbritannien ging die Zahl der Privatinsolvenzen in absoluten Zahlen um 13.840 Personen zurück. Prozentual entspricht dies einem Rückgang um 8,8 Prozent – dem größten Rückgang unter den europäischen Volkswirtschaften. Nichtsdestotrotz wurden in Großbritannien im dritten Jahr in Folge die meisten Privatinsolvenzen innerhalb Europas registriert. So mussten 2011 insgesamt 143.871 Briten den Gang zum Insolvenzgericht antreten – mit Abstand die höchste Zahl an Privatinsolvenzen in Europa (2010: 157.712). Grund für dieses äußerst hohe Niveau: Das Leben auf Pump ist in Großbritannien an der Tagesordnung. Kaum ein anderes Industrieland weist eine dermaßen hohe Verschuldung privater Haushalte auf (Quelle: OECD). Auch im historischen Vergleich bereiten diese Zahlen Anlass zur Sorge: Gegenüber 2003 (38.930 Fälle) hat sich die Zahl der Fälle mehr als verdreifacht. Hinter diesem langfristigen Anstieg der Privatinsolvenzen stecken in erster Linie eine Neustrukturierung des Insolvenzrechts und die Einführung neuer Verfahren, die Verbrauchern die Anmeldung der Privatinsolvenz erleichtern und den Prozess bis zur Restschuldbefreiung wesentlich beschleunigen.

2.3 Branchenstruktur

Beim Handel (inklusive Gastgewerbe) lässt sich im Berichtszeitraum eine Vergrößerung des Anteils am europäischen Insolvenzgeschehen feststellen (siehe Tab. 5). Wie im Vorjahr betraf auch 2011 beinahe jede dritte Insolvenz ein Unternehmen aus dem Handel und Gastgewerbe. So weist der Handelssektor einen Anteil von 31,2 Prozent – nach 30,5 Prozent im Jahr 2010 – auf. Auch in der Baubranche konnte im Vergleich zum Vorjahr ein Ausbau des Anteils an den europäischen Insolvenzfällen beobachtet werden. Zwei von zehn Insolvenzkandidaten stammten 2011 aus der Baubranche (2011: 21,4 Prozent; 2010: 21,0 Prozent). In absoluten Zahlen mussten 2011 54.574 Handels- und Gastbetriebe den Gang zum Konkursrichter antreten – nach 53.211 im Jahr 2010. Im Baugewerbe waren es 2011 37.432 betroffene Baufirmen (2010: 36.637).

***Bau und Handel
weiten Anteil aus***

Tab. 5: Anteil der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Westeuropa 2011

■	Anteil am Insolvenzgeschehen	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	10,5 (10,9)	61 (63)
Bau	21,4 (21,0)	107 (100)
Handel *)	31,2 (30,5)	89 (85)
Dienstleistungen	36,9 (37,6)	49 (52)
Gesamt	100,0 (100,0)	68 (68)

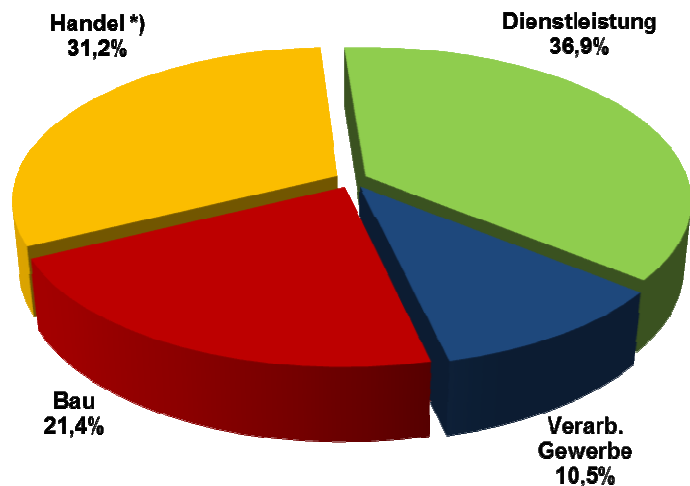
*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent, () = 2010

Die europäische Industrie setzte ihre Erholung im Jahr 2011 fort. So belief sich der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am Insolvenzgeschehen in Westeuropa 10,5 Prozent. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 10,9 Prozent, während 2009 noch 11,4 Prozent verzeichnet wurden. Dieser Rückgang dürfte in erster Linie auf die anhaltende Erholung der Industriekonjunktur sowie die Lage der Außenwirtschaft zurückzuführen sein, im Zuge derer sich das Verarbeitende Gewerbe in einer vergleichsweise guten Verfassung zeigte.

***Rückläufige Tendenzen im
Verarbeitenden Gewerbe***

Dementsprechend waren 2011 nur noch 18.366 Unternehmen aus der Industrie betroffen, während 2010 noch 19.016 Unternehmen Insolvenz anmelden mussten.

Abb. 3: Anteil der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Westeuropa 2011



*) inkl. Horeca; Quelle: Creditreform, NACE Rev. 2, eigene Berechnungen

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil des Dienstleistungssektors am westeuropäischen Insolvenzgeschehen gesunken. Zwar sank die absolute Zahl der insolventen Dienstleistungsunternehmen im Jahr 2011 von 65.598 auf 64.544. Nichtsdestotrotz nimmt das Dienstleistungsgewerbe im Vergleich der Hauptwirtschaftsbereiche mit einem Anteil von 36,9 Prozent aller registrierten Insolvenzfälle weiterhin die Spitzenposition ein (siehe Abb. 3). Damit betraf mehr als jede dritte Pleite ein Dienstleistungsunternehmen.

***Mehr als jede dritte
Insolvenz ein Dienstleister***

An der strukturellen Verteilung bezüglich der relativen Insolvenzbetreffenheit – also der Zahl der Insolvenzfälle pro 10.000 Unternehmen – hat sich im vergangenen Jahr nichts geändert (siehe Tab. 5). Das Baugewerbe ist nach wie vor der Hauptwirtschaftsbereich, der am stärksten von Insolvenzen betroffen ist. So entfielen auf 10.000 Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig 107 Insol-

venzen. Damit hat das Baugewerbe sogar noch zugelegt, nachdem dieser Wert im Vorjahr 100 Insolvenzen betrug. Ein leichter Rückgang bei der Insolvenzanfälligkeit konnte im Verarbeitenden Gewerbe festgestellt werden. Während im Jahr 2010 auf 10.000 Unternehmen noch 63 Insolvenzfälle kamen, waren es im vergangenen Jahr nur noch 61 Pleiten. Dieser Rückgang ist wohl vor allem auf der erneuten Verringerung der absoluten Insolvenzzahlen im Industriesektor zurückzuführen.

Industrie mit Rückgang bei der relativen Insolvenzbetroffenheit

Vergleichsweise hoch war erneut die Insolvenzanfälligkeit im Handel und Gastgewerbe, das 2011 auf eine Insolvenzquote von 89 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen kam – nach 85 Konkursen im Jahr 2010. Am geringsten ist die Insolvenzquote – wie auch schon in den letzten beiden Jahren – im Dienstleistungssektor, wo je 10.000 Unternehmen 49 Insolvenzen gezählt wurden. Der Wert vom Vorjahr wurde dabei noch unterschritten (2010: 52).

Was die zeitliche Entwicklung des Anteils der jeweiligen Wirtschaftsbereiche am westeuropäischen Insolvenzgeschehen betrifft, so lässt sich feststellen, dass wieder etwas Bewegung in das Verhältnis der Wirtschaftsbereiche zueinander gekommen ist (siehe Abb. 4). So ist der Anteil des Handelssektors 2011 auf 31,2 Prozent angewachsen, nachdem er im vergangenen Jahr stagniert war. Im Hinblick auf die Entwicklung des Insolvenzgeschehens war 2010 auch in der Bauwirtschaft wenig Dynamik zu spüren. Nachdem sich der Anteil des Bausektors im Zeitraum 2008 bis 2011 zwischen 20,9 und 21,1 Prozent bewegte, erreichte er 2011 mit 21,4 Prozent seinen vorläufigen Höhepunkt.

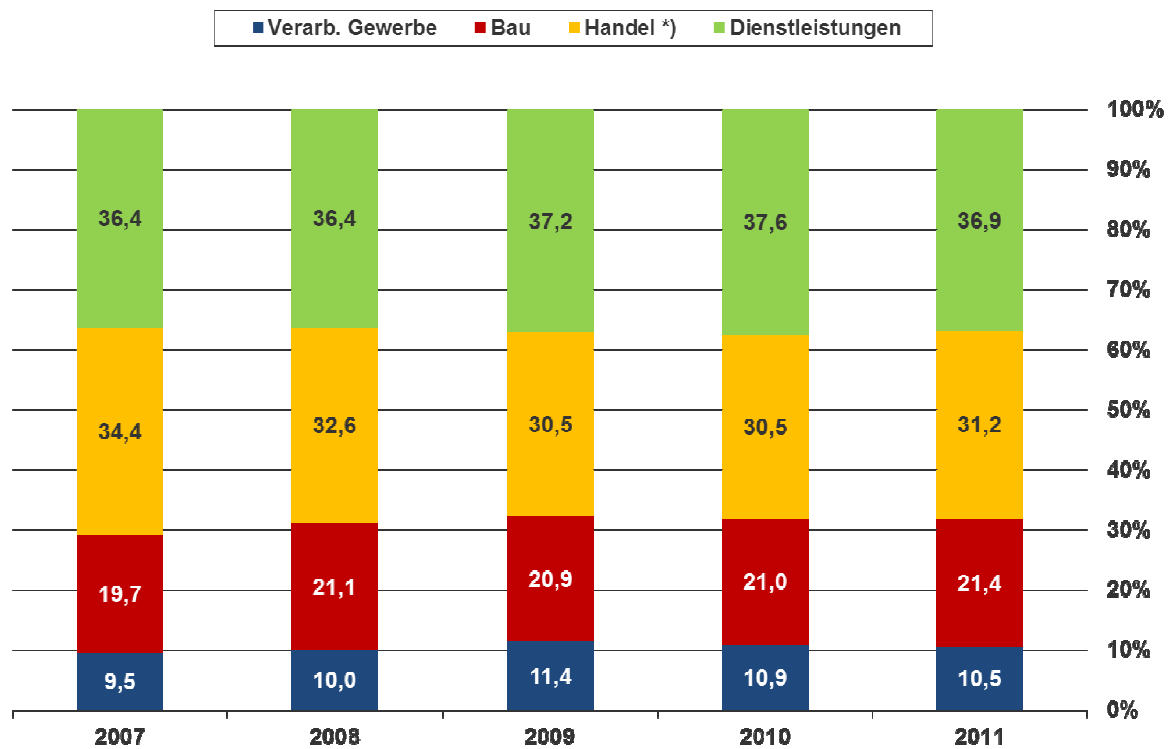
Wieder mehr Dynamik nach 2010

Darüber hinaus ist in der Entwicklung seit 2007 zu erkennen, dass sich das Verarbeitende Gewerbe in Europa allen Unkenrufen zum Trotz erholt hat und sich mit einem Anteil von 10,5 Prozent seinem Niveau von 2007 (9,5 Prozent) nähert. War

Verarbeitendes Gewerbe erreicht Niveau von 2007

der Anteil des Dienstleistungssektors seit 2007 kontinuierlich gewachsen, so ist er 2011 erstmals zurückgegangen (2011: 36,9 Prozent; 2010: 37,6 Prozent).

Abb. 4: Entwicklung des Anteils der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Westeuropa



*) inkl. Horeca; Quelle: Creditreform, NACE Rev. 2, eigene Berechnungen

Dienstleistungssektor in den meisten Ländern am stärksten betroffen

Der Dienstleistungssektor ist in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften der Wirtschaftsbereich, der den größten Anteil am Insolvenzgeschehen hat (siehe Tab. 6). Eine Ausnahme bilden z.B. Belgien und Frankreich, bei denen das Handels- und Gastgewerbe mit 45,8 bzw. 35,3 Prozent das Gros der Insolvenzen stellt. Die oben erörterte und in Abb. 4 dargestellte Erholung des Verarbeitenden Gewerbes spiegelt sich auch größtenteils in den Insolvenzzahlen der wichtigen europäischen Industrieländer wider. So ging der Anteil der Industrie- bzw. Produktivwirtschaft am Insolvenzgeschehen z.B. in Deutschland von 9,4 auf 8,9 Prozent und in Italien von 24,1 auf 22,8 Prozent zurück, während dieser Anteil in Frank-

reich von 7,7 auf 7,5 Prozent und in Großbritannien von 12,5 auf 10,7 Prozent sank.

Tab. 6: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2011

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *)	Dienst- leistung
Belgien	6,4 (6,9)	16,7 (16,0)	45,8 (46,7)	31,1 (30,4)
Dänemark	8,4 (7,8)	14,2 (15,6)	24,7 (22,5)	52,7 (54,1)
Deutschland	8,9 (9,4)	16,1 (15,9)	30,2 (30,6)	44,9 (44,1)
Finnland	11,9 (12,7)	26,6 (25,8)	26,0 (25,3)	35,5 (36,3)
Frankreich	7,5 (7,7)	27,0 (28,0)	35,3 (34,2)	30,2 (30,0)
Großbritannien	10,7 (12,5)	21,6 (18,5)	23,8 (21,8)	43,9 (47,1)
Irland	11,5 (10,3)	29,1 (31,0)	35,2 (26,8)	24,2 (32,0)
Italien	22,8 (24,1)	20,6 (18,5)	28,0 (26,2)	28,6 (31,3)
Luxemburg	1,1 (1,9)	8,7 (10,0)	26,0 (31,3)	64,1 (56,9)
Niederlande	12,8 (14,0)	15,3 (16,1)	28,9 (27,3)	42,9 (42,6)
Norwegen	7,6 (7,9)	22,9 (24,1)	31,7 (30,5)	37,8 (37,5)
Österreich	7,3 (7,9)	15,9 (15,4)	35,9 (36,5)	41,0 (40,2)
Portugal	23,5 (28,7)	18,7 (19,1)	38,4 (35,3)	19,4 (16,9)
Schweden	8,2 (8,9)	15,0 (14,3)	29,4 (28,0)	47,4 (48,8)
Schweiz	9,2 (9,4)	24,8 (23,3)	19,7 (22,4)	46,3 (44,9)
Spanien	21,7 (21,4)	34,7 (32,5)	18,7 (19,3)	25,0 (26,8)

*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent, () = 2010

Auch wenn sich einige grundlegende Strukturen über eine Vielzahl westeuropäischer Staaten hinweg bestätigen lassen, variiert das nationale Insolvenzgeschehen teilweise doch erheblich. So ist beispielsweise der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes im Süden Europas besonders hoch, was unter anderem auf die exponierte Stellung der Landwirtschaft und des Kleingewerbes zurückzuführen ist. In Portugal hat das Verarbeitende Gewerbe mit 23,5 Prozent einen übermäßig hohen Anteil an den nationalen Insolvenzfällen. Somit betrifft fast jede vierte Insolvenz in Portugal ein Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Auch Spanien mit 21,7 Prozent und Italien mit 22,8 Prozent liegen sehr weit über dem westeuropäischen Durchschnitt bezüglich des Anteils des Verarbeitenden Gewerbes (10,5 Prozent).

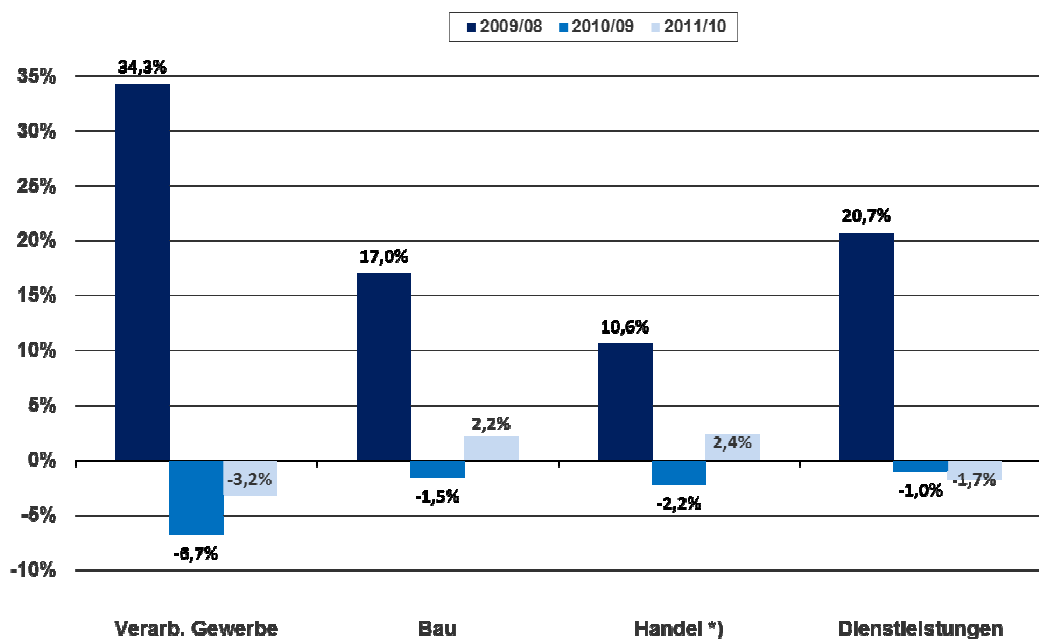
Iberische Halbinsel mit großen Problemen im produzierenden Gewerbe

**Europäische
Immobilienwirtschaft
auf Schrumpfkurs**

Die Insolvenzlage im Baugewerbe hat sich in den meisten Volkswirtschaften Westeuropas zusehends verschärft. Mit Ausnahme Frankreichs waren in den „großen Fünf“ mehr Pleiten im Bausektor zu registrieren – mit einem vergleichsweise großen Zuwachs in Großbritannien (2011: 21,6 Prozent; 2010: 18,5 Prozent). Einen besonders hohen Anteil am Insolvenzgeschehen hat der Bausektor in Spanien (34,7 Prozent) sowie in Irland (29,1 Prozent) – aber auch Finnlands (26,6 Prozent) und Frankreichs (27,0 Prozent) Immobilienwirtschaft schrumpft sich weiterhin gesund.

Besonders viele insolvente Unternehmen entstammen in zahlreichen Ländern dem Handelssektor. So betrifft in Volkswirtschaften wie Portugal (38,4 Prozent) und Österreich (35,9 Prozent) sowie Frankreich (35,3 Prozent) und Irland (35,2 Prozent) mehr als jede dritte Pleite eine Firma aus dem Handel und Gastgewerbe. In Belgien ist fast die Hälfte aller Unternehmen (45,8 Prozent), die den Gang zum Konkursrichter antreten mussten, ein Handelsbetrieb.

Abb. 5: Veränderung der Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen



*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent

Was die Veränderungsraten im Hinblick auf die Insolvenz betroffenheit der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche betrifft, so ergibt sich ein gemischtes Bild (siehe Abb. 5). Während im vorangegangenen Jahr durch die Bank Rückgänge zu verzeichnen waren, fiel die Veränderung im Jahr 2011 lediglich im Verarbeitenden Gewerbe (minus 3,2 Prozent) und im Dienstleistungssektor (minus 1,7 Prozent) negativ aus. Im Gegensatz dazu hat die schwierige Wirtschaftslage im Bausektor (plus 2,2 Prozent) und im Handelsgewerbe (plus 2,4 Prozent) durchgeschlagen. In diesen Bereichen waren durchschnittlich mehr Unternehmen von einer Insolvenz betroffen als im Vorjahr.

Weiterhin Rückgänge im Verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektor

■ 3 Finanz- und Konjunkturmilieu

Die konjunkturelle Entwicklung sowie das finanzielle Umfeld sind die maßgeblichen Einflussfaktoren für die ansteigende Insolvenzentwicklung in weiten Teilen Europas in 2011. Die Lage des europäischen Unternehmenssektors wurde vor allem durch eine durchwachsene Ertragslage, Forderungsausfälle, restriktivere Finanzierungsbedingungen und strukturelle Ursachen (wie z.B. Eigenkapitalknappheit) beeinträchtigt.

3.1 Ertragslage

Die Auswertung der Jahresabschlüsse aus dem Jahr 2010 für ca. 2,8 Millionen (west-)europäische Unternehmen deutet darauf hin, dass die Ertragslage der europäischen Unternehmen weiter angespannt bleibt (siehe Tab. 7). So fällt insbesondere bei einer Betrachtung der EBIT-Marge auf, dass fast jedes dritte Unternehmen (29,9 Prozent) eine negative EBIT-Marge besaß, also Verluste schrieb. Die EBIT-Marge – das Verhältnis von Vorsteuererträgen zum Umsatz (in Prozent) – ist ein umsatzbasiertes Rentabilitätsmaß, anhand dessen sich die operative Ertragskraft eines Unternehmens beurteilen lässt. Fast ein Drittel der Unternehmen in Europa weist somit hochgradige Rentabilitätsrisiken auf. Im Vorjahr betrug der An-

Fast ein Drittel der Unternehmen mit negativer Ertragsmarge

teil der Unternehmen mit einer negativen Ertragsmarge nur 27,8 Prozent. Außerdem sank der Anteil der europäischen Unternehmen, die 2010 eine Gewinnmarge zwischen sechs und 25 Prozent meldeten, von insgesamt 30,2 auf 28,2 Prozent. Zur gleichen Zeit besteht ein Lichtstreif am Horizont: 2010 konnten mehr Unternehmen eine EBIT-Marge von über 25 Prozent realisieren. Nachdem dies 2009 nur 13,9 Prozent waren, arbeiteten 2010 16,1 Prozent der europäischen Unternehmen äußerst rentabel.

Tab. 7: EBIT-Marge (in %) im Jahr 2010 für westeuropäische Unternehmen *)

■	negativ	29,9 (27,8)
	bis 5 %	25,7 (28,1)
	bis 10 %	12,5 (14,7)
	bis 25 %	15,7 (15,5)
	mehr als 25 %	16,1 (13,9)

*) Angaben in Prozent, () = 2009; Quelle: Creditreform Datenbank, eigene Berechnungen

Leichte Erholung im Verlauf des Jahres 2011

Für 2011 deutet sich eine Aufhellung der Ertrags-situation in Europa an. Eine exakte Auswertung der EBIT-Daten kann zwar erst erfolgen, wenn die Jahresabschlüsse für 2011 vorliegen, jedoch deuten die Analysen der Europäischen Zentralbank darauf hin, dass sich die Ertragslage leicht verbessert haben dürfte (EZB Monatsberichte). Insbesondere die Ertragslage nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften stellte sich im Jahresverlauf vergleichsweise positiv dar.

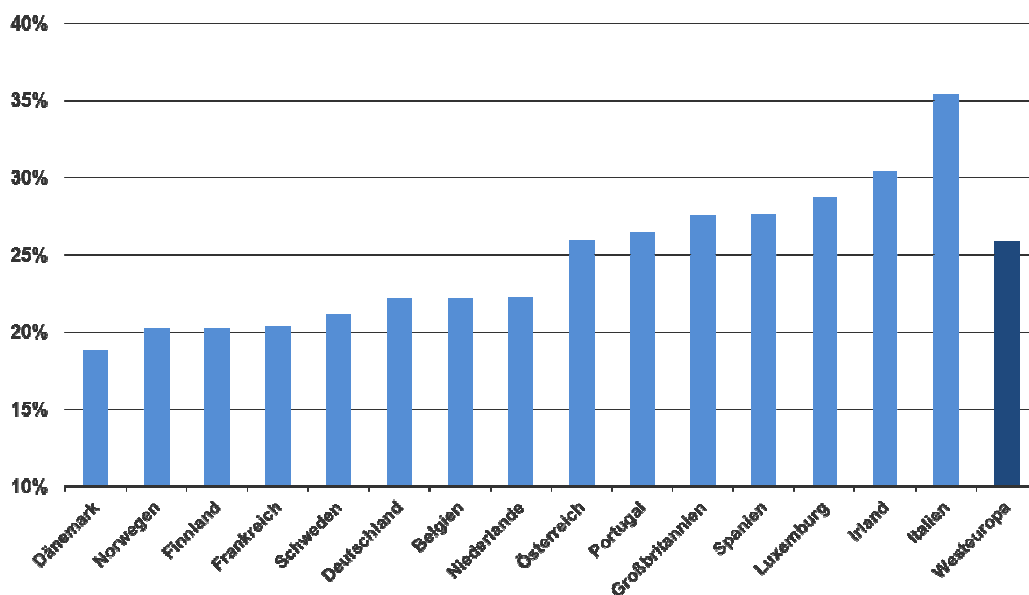
3.2 Eigenkapitalsituation

Weiter zunehmende Bedeutung der Eigenkapitalquote unter Basel III

Die Eigenkapitalquote liefert Angaben darüber, inwieweit das Vermögen eines Unternehmens durch Eigenkapital gedeckt ist. Sie wird als haftendes Eigenkapital in Relation zur Bilanzsumme gemessen und stellt einen zentralen Indikator zur Einschätzung der Solvenz und Risikotragfähigkeit von Unternehmen dar. Aus dem Blickwinkel einer Bank stellt das Eigenkapital eines Unternehmens eine Absicherung gegen Kreditausfälle dar. Da

davon auszugehen ist, dass die reformierten Eigenkapitalregelungen unter Basel III profunde Auswirkungen auf die Kapitalausstattung und die Geschäftstätigkeit der Banken haben wird, sollten Unternehmen mehr denn je darauf bedacht sein, mit einer soliden Finanzierungsstruktur für die Änderungen durch Basel III gewappnet zu sein.

Abb. 6: Anteil der Unternehmen mit Eigenkapitalquote < 10%



*) Angaben für 2010 in Prozent, Quelle: Creditreform Datenbank, eigene Berechnungen

Eine Analyse der Jahresabschlüsse aus dem Jahr 2010 zeigt, dass vor allem die Peripherieländer Europas über eine relativ geringe Risikotragfähigkeit verfügen (siehe Abb. 6). Bei dieser Betrachtung der Eigenkapitalquote von 5,8 Millionen Unternehmen dient der Schwellenwert von zehn Prozent als Indikator für Finanzierungsprobleme in einer Volkswirtschaft. Demgemäß liegen solche Refinanzierungsprobleme insbesondere dann vor, wenn der Eigenkapitalanteil in Relation zur Bilanzsumme bei einem Großteil der Unternehmen eines Landes unterhalb von zehn Prozent liegt – ein nationaler Unternehmenssektor folglich schwach kapitalisiert ist. Dieser Anteil der Unternehmen ist vor allem bei europäischen Peripherieländern wie Italien (35,4 Prozent), Irland (30,4 Prozent) sowie

**Schlechte
Eigenkapitalausstattung
bei Peripherieländern**

Spanien (27,6 Prozent) und Portugal (26,5 Prozent) besonders hoch.

Dagegen ist es um die Solvenz der skandinavischen Unternehmen relativ gut bestellt. Nur rund jedes fünfte Unternehmen weist in Volkswirtschaften wie Dänemark (18,8 Prozent), Finnland (20,3 Prozent) oder Schweden (21,1 Prozent) eine Eigenkapitalquote von unter zehn Prozent auf. Auch die Unternehmen in Kernländern wie Deutschland (22,2 Prozent) und Frankreich (20,4 Prozent) sind vergleichsweise gut kapitalisiert.

Durchschnittlich weisen 25,9 Prozent aller Unternehmen in Westeuropa eine Eigenkapitalquote von unter zehn Prozent auf. Ein Viertel der westeuropäischen Unternehmen besitzt somit eine geringe Eigenkapitalbasis und dementsprechend eine relativ geringe Kreditwürdigkeit. Diese Unternehmen haben tendenziell mehr Gläubiger und dürften zeitweise Probleme der Refinanzierung haben. In Zeiten von Basel III sollte also ein beträchtlicher Teil des europäischen Unternehmenssektors seine Eigenkapitalbasis stärken, um zukünftig seine Anschlussfinanzierung und Unternehmensstabilität nicht zu gefährden.

3.3 Zahlungsverhalten

Eine grundlegende Differenzierung zwischen Peripherieländern auf der einen sowie Kernländern und Skandinavien auf der anderen Seite kann im Wesentlichen auch bei der Betrachtung der Forderungslaufzeiten in Europa angestellt werden. Dabei wurden bei der Analyse der Forderungslaufzeit auf die mittlere Forderungslaufzeit (die sog. Days Sales Outstanding) abgestellt, d.h. wie schnell die Rechnungen bei einer Warenlieferung in ein betreffendes Land bezahlt werden.

Ein Blick auf Abb. 7 zeigt, dass die Zahlungsmoral in den europäischen Unternehmen höchst unterschiedlich ausgeprägt ist. Fast drei Viertel der exportierenden deutschen Unternehmen (72,3 Pro-

Kernländer und Skandinavien stabil

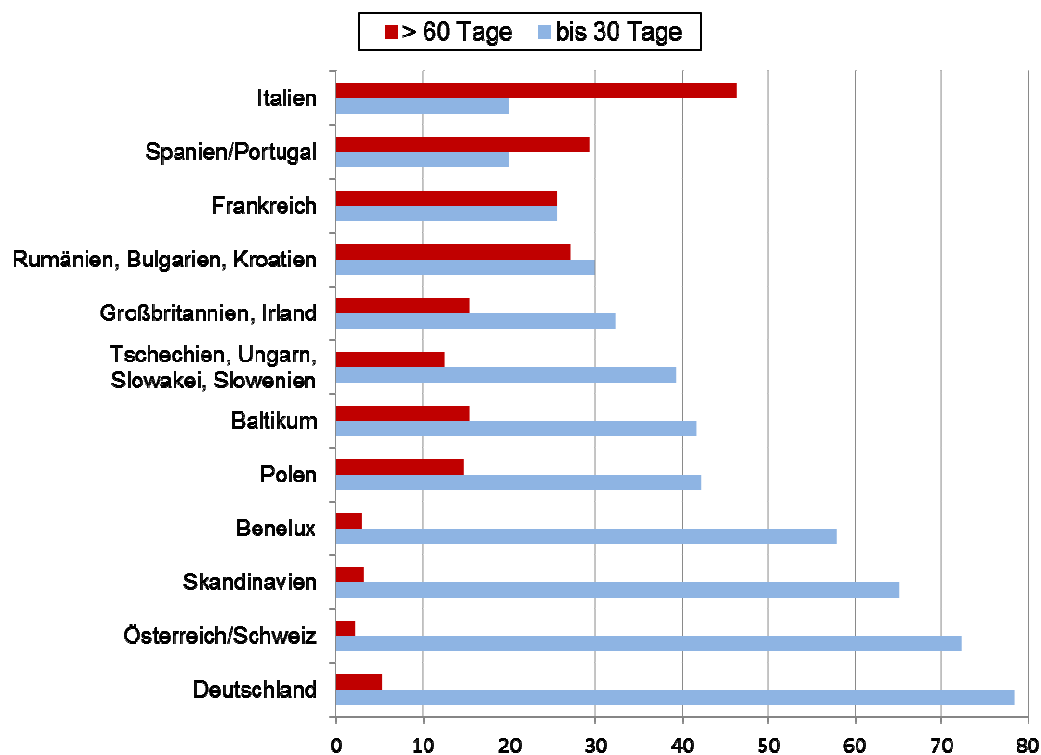
Jedes vierte Unternehmen vermutlich mit Refinanzierungsproblemen

Kernländer und Skandinavien bezahlen ihre Rechnungen am schnellsten

zent) haben ihr Geld bei einer Warenlieferung nach Österreich/Schweiz innerhalb eines Monats erhalten. Auch Rechnungen, die Kunden in anderen europäischen Kernländern gestellt werden, werden relativ zügig bezahlt. So bezahlten Unternehmen aus den Benelux-Ländern in 57,9 Prozent der Fälle ihre Rechnung bei einem exportorientierten Unternehmen aus Deutschland innerhalb von 30 Tagen. Am anderen Ende des Spektrums liegen Peripherieländer wie Spanien und Portugal. Ein deutsches Unternehmen, das Waren in diese Volkswirtschaften liefert, erhält sein Geld nur in zwei von zehn Fällen (20,0 Prozent) innerhalb eines Monats. Ähnlich stellt sich die Lage bei italienischen Unternehmen dar (20,1 Prozent). Die osteuropäischen Staaten liegen eher im Mittelfeld, was die Zahlungsmoral anbelangt. Beispielsweise melden 42,4 Prozent der deutschen Unternehmen, die Waren nach Polen liefern, einen Zahlungseingang innerhalb von 30 Tagen.

***Osteuropäische Länder
mit durchschnittlicher
Zahlungsmoral***

Abb. 7: Forderungslaufzeiten in Europa (Angaben in Prozent)



Quelle: Creditreform

Extrem lange Wartezeiten müssen deutsche Unternehmen, die im Export tätig sind, hinnehmen, sofern sie Waren nach Italien ausführen. Fast jedes zweite deutsche Unternehmen (46,3 Prozent) muss über zwei Monate auf die Begleichung der Rechnung warten. Ebenso lange müssen 29,3 Prozent der Unternehmen in Deutschland auf ihr Geld warten, wenn sie nach Spanien und Portugal exportierten. Gut jeder vierte deutsche Unternehmer (27,1 Prozent) muss sich mehr als 60 Tage gedulden, wenn er seine Produkte nach Rumänien, Bulgarien und Kroatien liefert.

Die Lage in Bezug auf die Zahlungsverzögerungen in Europa ist analog zum oben gezeichneten Bild der Zahlungsmoral im Kontext der Forderungslaufzeiten (siehe Abb. 8). Äußerst schlechte Zahlungserfahrungen machen die exportorientierten deutschen Unternehmen in der Mittelmeerregion Europas. Jedes vierte Unternehmen (25,2 Prozent) berichtet, dass es über einen Monat nach Ablauf der Zahlungsfrist immer noch auf sein Geld warten muss, wenn es Waren nach Italien exportiert. Auf der iberischen Halbinsel sieht es nicht besser aus. Es stellt sich heraus, dass die Spanier und Portugiesen relativ schlechte Schuldner sind. 23,4 Prozent der deutschen, im Export tätigen Unternehmen klagen über Kunden aus Spanien und Portugal, die das vereinbarte Zahlungsziel über 30 Tage verstreichen lassen. Geschäftliche Beziehungen nach Osteuropa sind mit ähnlichen Problemen behaftet. Nur jeder zehnte Exporteur hat keinen Zahlungsverzug zu beanstanden, sofern er Waren in Länder wie Rumänien und Kroatien (10,6 Prozent) oder Tschechien und Ungarn (10,7 Prozent) ausführt. Verhältnismäßig lange lassen auch französische Kunden die Zahlungsfrist verstreichen. 15,1 Prozent der deutschen Exportunternehmen vermelden hier einen Zahlungsverzug von über 30 Tagen.

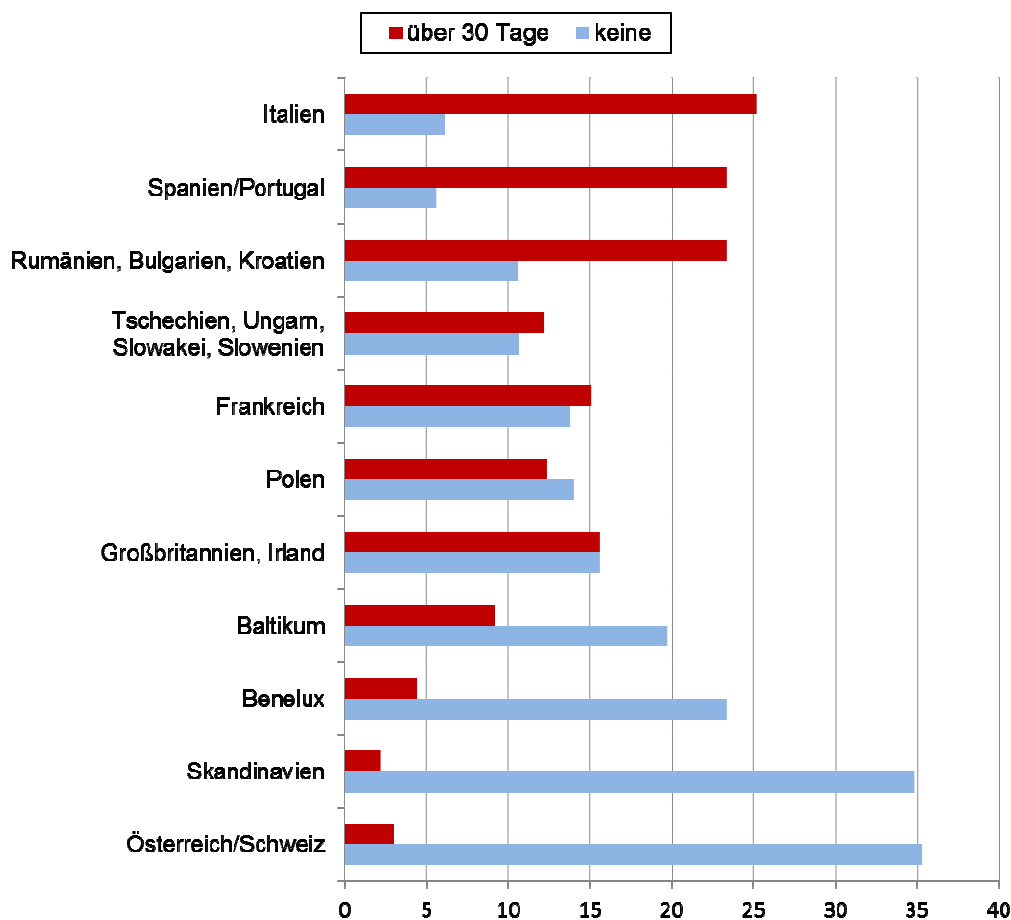
Italiener überziehen am längsten

Hervorragende Zahlungsmoral in der Alpenrepublik

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man in die Mitte Westeuropas blickt. Hier heben sich vor allem Österreich und die Schweiz vom Rest des

Feldes ab. Hier bleiben deutsche Unternehmen in mehr als drei von zehn Fällen (35,3 Prozent) von einem Zahlungsverzug gänzlich verschont. Als relativ gute Schuldner zeigen sich ebenso die Benelux-Länder. Fast jedes vierte deutsche Unternehmen (23,3 Prozent), das Waren in diese Volkswirtschaften liefert, muss keinen Zahlungsverzug hinnehmen.

Abb. 8: Zahlungsverzögerungen in Europa (in Prozent)



Quelle: Creditreform

3.4 Finanzierungsbedingungen

Die Finanzierungsbedingungen trübten sich im Verlauf des Jahres 2011 zusehends ein. Während die Kreditvergabestandards für die europäischen Unternehmen in der ersten Jahreshälfte nur leicht gestrafft wurden, wuchsen ab dem dritten Quartal die Bedenken über die Verschuldungssituation im Euro-Raum, was mit einer Schwächung des euro-

**Angespannte
Kreditkonditionen
in Europa**

päischen Bankensektors einherging. Insbesondere die Banken, die viele Staatspapiere der hochverschuldeten europäischen Volkswirtschaften in ihren Büchern hatten, sahen sich steigenden Refinanzierungskosten und Liquiditätsproblemen gegenübergestellt. Dementsprechend verschärfen die Banken des Euro-Raums zunehmend die Kreditkonditionen für Unternehmen und erhöhten die Kreditzinsen (Europäische Zentralbank, Euro Area Bank Lending Surveys).

Im Sog der Euro-Krise stehen die Zeichen der Zeit in den aufstrebenden Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas in Richtung Kreditklemme. Die Konjunktur in den osteuropäischen Ländern verläuft ohnehin wesentlich schlechter als erwartet. Der allgemein geschwächte europäische Bankensektor und das entsprechend schwierigere Umfeld der Refinanzierung könnten einen möglichen Abschwung in den Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas verstärken, da in diesen ca. 80 Prozent der Auslandsforderungen auf Banken des Euro-Raums entfallen. In manchen Ländern wie z.B. Rumänien, Tschechien, Ungarn oder Kroatien sind westeuropäische Banken so stark engagiert, dass sie für das nationale Finanzsystem von systemischer Bedeutung sind (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Quartalsberichte).

Dagegen stellt sich das Finanzierungsumfeld in der Bundesrepublik relativ entspannt dar. Freilich ist der deutsche Bankensektor etwas verhaltener bei der Kreditvergabe geworden. Die Gefahr einer Kreditklemme besteht allerdings nicht.

■ 4 Länderberichte Europa

4.1 Deutschland

Auch im Jahr 2011 hat die Wirtschaft in der Bundesrepublik kräftig zugelegt. Mit einem Wirtschaftswachstum von rund drei Prozent gab die Bundesrepublik erneut die Konjunkturlokomotive in Europa. Getragen wurde das deutsche Wachstum vor allem durch die privaten Konsumausga-

Bevorstehende Kreditklemme in Osteuropa

Vergleichsweise gutes Finanzierungsumfeld in Deutschland

Drittniedrigste Zahl an Insolvenzen seit 2001

ben sowie eine kräftige Investitionsdynamik. Die Arbeitslosenzahl lag mit unter sieben Prozent für deutsche Verhältnisse vergleichsweise niedrig. Diese gute konjunkturelle Lage hat sich positiv auf das Insolvenzgeschehen ausgewirkt (siehe Tab. 8). So betrug die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den vergangenen zwölf Monaten 30.200. Dies stellt den drittniedrigsten Wert seit 2001 dar und entspricht einem Rückgang der Insolvenzfälle um 5,8 Prozent (Vorjahr: 32.060).

Tab. 8: Insolvenzen in Deutschland

■	2011	2010	Veränd. in %
Gesamt	160.000	169.840	- 5,8
Unternehmen	30.200	32.060	- 5,8
Privatpersonen	129.800	137.780	- 5,8

Den stärksten Rückgang der Insolvenzzahlen verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe, in dem ein deutliches Minus von 14,1 Prozent registriert wurde. Des Weiteren profitierte vor allem das Baugewerbe, in dem sich die Zahl der Insolvenzen um überdurchschnittliche 13,3 Prozent verringerte. Derweil hielt sich die Zahl der Großinsolvenzen im Rahmen. Die Insolvenz des Druckmaschinenbauers manroland AG, für den 6.500 tätig sind, war die bei weitem größte Pleite des Jahres 2011. Weitere prominente Großinsolvenzen waren die Konkurse der Sellner GmbH mit rund 1.600 Mitarbeitern sowie der Schlott Gruppe mit ca. 1.480 Mitarbeitern.

Weniger erfreulich war die Lage bei den privaten Insolvenzen. Zwar wurde auch hier ein Minus von 5,8 Prozent festgestellt – 2011 mussten nur noch 129.800 Verbraucher den Gang zum Konkursrichter antreten (2010: 137.780) –, jedoch stellt dies den dritthöchsten Wert seit 1999 dar. Zudem zögerten vermutlich viele Privatpersonen eine Insolvenz heraus, da sie die Verkürzung der Wohlverhaltensperiode im Jahr 2012 erwarteten. Dies dürfte zu einer gravierenden Zunahme der Privatinsolvenzen in 2012 führen, wenn das beschleunigt

Verarbeitendes Gewerbe und Bau profitieren stark vom Aufschwung

Schlechte Aussichten bei den Privatpleiten

nigte Verfahren zur Restschuldbefreiung in Kraft getreten ist.

4.2 Großbritannien

Die wirtschaftliche Erholung fiel in den vergangenen zwölf Monaten eher mager aus. Die britische Wirtschaft wuchs 2011 nur um 0,6 Prozent und der Ausblick sieht mit 0,9 Prozent nicht sehr viel besser aus (IWF-Prognose). Zu sehr leidet die Binnennachfrage unter den restriktiven Kreditbedingungen, den „Bilanzanpassungen“ der privaten Haushalte und der Straffung der Finanzpolitik. Auch am Arbeitsmarkt ist keine wesentliche Verbesserung in Sicht – die Arbeitslosenquote bewegt sich um die 8-Prozent-Marke. Dementsprechend ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im abgelaufenen Jahr um 6,3 Prozent gestiegen (siehe Tab. 9). Wurden im Jahr 2010 noch 17.468 Insolvenzen gezählt, so stieg diese Zahl auf 18.571 Fälle an. Der Wirtschaftsbereich mit dem höchsten Anteil am Insolvenzgeschehen war der Dienstleistungssektor mit überdurchschnittlichen 43,9 Prozent. Besonders hart getroffen wurde das Grundstücks- und Immobilienwesen.

Schwierige wirtschaftliche Lage führt zu Anstieg der Unternehmenspleiten

Tab. 9: Insolvenzen in Großbritannien

■	2011	2010	Veränd. in %
Gesamt	162.442	175.180	- 7,3
Unternehmen	18.571	17.468	+ 6,3
Privatpersonen	143.871	157.712	- 8,8

Trotz unverändert hoher Arbeitslosenzahlen und einer hohen privaten Verschuldung ging die Zahl der Privatpleiten auf 143.871 Privatpersonen zurück, was einem Rückgang um 8,8 Prozent entspricht (2010: 157.712). Nichtsdestotrotz dürfte die Freude nur von kurzer Dauer währen, da das Niveau der privaten Verschuldung in Großbritannien nach wie vor enorm hoch bleiben dürfte und diese Entwicklung vermutlich durch weitere Abwärtsrisiken wie der schleppenden wirtschaftlichen

Kurze Verschnaufpause bei den Privatinsolvenzen

Erholung sowie den weiter nachgebenden Immobilienpreise verschärft werden wird.

4.3 Frankreich

In Anbetracht der Tatsache, dass Frankreich 2012 ein Jahr der Stagnation durchleben wird (IWF-Prognose), erscheinen die 1,6 Prozent Wirtschaftswachstum in 2011 wie eine vergleichsweise gute Nachricht. Die französische Regierung sieht sich der schwierigen Herausforderung gegenübergestellt, die richtige Balance zwischen einer stärkeren Haushaltskonsolidierung und wachstumsbelebenden Maßnahmen zu treffen. Die Arbeitslosenquote hat sich zudem auf einem bedenklichen Niveau von über neun Prozent eingependelt. Dies und die Tatsache, dass sich zunehmend Verbraucher aus angrenzenden Volkswirtschaften einem französischen Insolvenzverfahren unterziehen, hat mitunter dazu beigetragen, dass das so genannte Schuldenbereinigungsverfahren (Procédure de Rétablissement Personnel) Hochkonjunktur hat (siehe Tab. 10). Um beachtliche 26,4 Prozent ist die Zahl derer gestiegen, die 2011 private Insolvenz angemeldet haben. In absoluten Zahlen ist die Zahl der zahlungsunfähigen Personen von 44.360 auf 56.079 gestiegen.

Hochkonjunktur beim Schuldenbereinigungsverfahren

Tab. 10: Insolvenzen in Frankreich

■	2011	2010	Veränd. in %
Gesamt	105.585	95.420	+ 10,7
Unternehmen	49.506	51.060	- 3,0
Privatpersonen	56.079	44.360	+ 26,4

Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen lief hingegen weitaus positiver. Nachdem 2010 noch 51.060 Fälle registriert wurden, traten 2011 nur noch 49.506 Unternehmen den Gang zum Konkursrichter an. Dies entspricht einem Rückgang um 3,0 Prozent. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil des Baugewerbes am Insolvenzgeschehen (27,0 Prozent), während das Handels-

Erholung bei den französischen Unternehmensinsolvenzen

Strukturelle Engpässe in Italien

und Gastgewerbe mit 35,3 Prozent am meisten Insolvenzen zu beklagen hatte.

4.4 Italien

Die Konjunktur Italiens litt 2011 unter den Folgen der europäischen Schuldenkrise, insbesondere unter den gestiegenen Refinanzierungskosten. Auch wenn die italienische Wirtschaft nicht so schlecht aufgestellt ist wie Griechenland oder Portugal, befürchten die Finanzmärkte, dass auch Italien angesichts einer hohen Verschuldung nicht in der Lage sein würde, seine Schulden vollständig zurückzuzahlen. Das Wachstum betrug im abgelaufenen Jahr lediglich 0,4 Prozent und wird aufgrund struktureller Engpässe vermutlich auf absehbare Zeit niedrig bleiben. Die Arbeitsmärkte bleiben schwach und die Staatsverschuldung stieg 2011 auf rund 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für das Jahr 2012 hat der Internationale Währungsfonds beim Wachstum minus 2,2 Prozent prognostiziert.

Tab. 11: Unternehmensinsolvenzen in Italien

■	2011	2010	Veränd. in %
	11.792	10.089	+ 16,9

In Anbetracht dieser Lage sind auch die Insolvenzzahlen erneut gestiegen (siehe Tab. 11). Im Vergleich zu 2011 wies der italienische Unternehmenssektor einen Anstieg der Insolvenzen um 16,9 Prozent auf. So stieg die Zahl der Unternehmenspleiten von 10.089 auf 11.792 Fälle. Den höchsten Anteil am Insolvenzgeschehen hatte 2011 der Dienstleistungssektor mit 28,6 Prozent, dicht gefolgt vom Handel und Gastgewerbe mit 28,0 Prozent.

4.5 Spanien

Die spanische Volkswirtschaft gehörte zu den europäischen Staaten, die am stärksten von der jüngsten Finanzkrise von 2007-09 getroffen wur-

den. Zudem leidet Spanien enorm unter den Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise. Neben dem hohen Haushaltsdefizit und den gestiegenen Refinanzierungskosten besteht das größte Problem in der hohen Arbeitslosigkeit im Lande. Die Arbeitslosenquote erreichte im Verlauf des letzten Jahres zeitweise fast 23 Prozent und betrug zum Jahresende gut 20 Prozent. Die spanische Regierung und deren Wirtschaft werden von der Staatsschuldenkrise weiterhin massiv unter Druck gesetzt. Das weitreichende wirtschaftspolitische Maßnahmenpaket wird jedoch nicht verhindern können, dass die spanische Wirtschaft nach dem diesjährigen Wachstum in Höhe von 0,7 Prozent 2012 voraussichtlich schrumpfen wird (IWF-Prognose).

Spanien durch Finanz- und Schuldenkrise besonders hart getroffen

Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen in Spanien

■	2011	2010	Veränd. in %
	5.752	4.845	+ 18,7

Um das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen, üben sich die Spanier in fiskalpolitischer Enthaltensamkeit. Das Defizit fiel bereits im Jahresvergleich 2009 zu 2010 von 11,1 auf 9,2 Prozent und ist im Jahr 2011 voraussichtlich weiter gesunken. Der Unternehmenssektor wird durch die Sparbemühungen und die angespannte wirtschaftliche Lage Europas belastet. Vor allem der Bau- und Immobiliensektor ist nach wie vor stark aufgebläht und zeichnet sich durch einen hohen Verschuldungsgrad und eine starke Abhängigkeit von Fremdfinanzierung aus. Dementsprechend ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Vergleich zum Vorjahr um 18,7 Prozent gestiegen (siehe Tab. 12). Wurden im Jahr 2010 noch 4.845 Insolvenzfälle gezählt, waren dies 2011 bereits 5.752 Fälle. An diesen Zahlen hat das Baugewerbe einen überproportional hohen Anteil. Während der durchschnittliche Anteil des Bausektors am Insolvenzgeschehen in Europa bei 21,4 Prozent beträgt, liegt dieser Wert in Spanien bei 34,7 Prozent.

Aufgeblähter Bausektor zieht Zahl der Insolvenzen nach oben

4.6 Benelux-Länder

Niederlande mit Rückgang bei Firmenpleiten

Insolvenzen in Luxemburg auf Rekordniveau

Die Insolvenzsituation in den Benelux-Ländern stellt sich 2011 uneinheitlich dar (siehe Tab. 13). Die Niederlande konnten mit einem Rückgang der Insolvenzfälle um 2,9 Prozent glänzen – die Zahl der Firmenpleiten ging von 7.211 auf 7.000 Unternehmen zurück. Dahingegen schnitt der Nachbar aus Belgien deutlich schlechter ab. Hier stieg die Zahl der Firmen, die den Gang zum Konkursrichter antreten mussten von 9.570 auf 10.182, was einem Plus von 6,4 Prozent entspricht. Nachdem die Insolvenzzahl in Luxemburg von 2009 auf 2010 um beachtliche 31,5 Prozent anstieg war, meldete das Großherzogtum 2011 einen neuen Rekord. Im Jahresvergleich ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nochmal um 4,7 Prozent auf nun 961 Fälle gestiegen (2010: 918). In Luxemburg und den Niederlanden war vor allem der Dienstleistungssektor von Insolvenzen betroffen. Die Anteile am jeweiligen Insolvenzgeschehen betragen 64,1 bzw. 42,9 Prozent. In Belgien beträgt der Anteil der Dienstleister nur 31,1 Prozent – hier dominiert in erster Linie das Handels- und Gastgewerbe mit 45,8 Prozent.

Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in den Benelux-Ländern

■	2011	2010	Veränd. in %
Belgien	10.182	9.570	+ 6,4
Niederlande	7.000	7.211	- 2,9
Luxemburg	961	918	+ 4,7

Für die Niederlande lagen zudem Daten zu den Privatinsolvenzen vor. Hier konnte ein starker Zuwachs von 26,0 Prozent registriert werden: von 11.381 auf 14.344 Fälle. Ähnlich wie in Frankreich existiert in den Niederlanden ein Schuldenbereinigungsverfahren, das es den Privatpersonen erlaubt, sich in einer vergleichsweise kurzen Wohlverhaltensphase zu entschulden. Neben konjunkturellen Faktoren könnte eventuell eine Rolle gespielt haben, dass Verbraucher aus angrenzen-

den Staaten in die Niederlande ziehen, um sich dort einem Insolvenzverfahren zu unterziehen.

■ 5 Mittel- und Osteuropa

Die wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa fiel unter dem Strich recht mäßig aus. Das wirtschaftspolitische Umfeld in den einzelnen Volkswirtschaften wurde zu einem großen Teil durch die Schuldenkrise und den daraus entstehenden Konsequenzen in den Ländern Westeuropas bestimmt. Insgesamt ist die Situation im Angesicht der sich abzeichnenden Kreditklemme (siehe hierzu auch Abschnitt 3.4) äußerst angespannt und es könnte im Lauf des Jahres 2012 im Zuge eines Netto-Kapitalabflusses aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) zu einer gravierenden Abschwächung des Wachstums bis hin zu einer Rezession kommen (EBRD, Osteuropabank).

Im dritten Quartal des vergangenen Jahres kam es zum ersten Mal seit 2009 zu Kapitalabflüssen aus der Region. Die Banken in Westeuropa hatten vermehrt Schwierigkeiten bei der Refinanzierung und waren sehr um einen Schuldenabbau bemüht, um ihre Eigenkapitalbasis zu stärken. Da sich ein großer Anteil der Finanzaktiva in den osteuropäischen Bankensektor im ausländischen Besitz befindet und die heimischen Bankensektoren durch westeuropäische Finanzinstitute dominiert werden, hatte dies ernsthafte Konsequenzen für das osteuropäische Finanzsystem.

Zwar wird der starken Präsenz ausländischer Finanzinstitute grundsätzlich eine positive Wirkung zugeschrieben, jedoch erhielten die osteuropäischen Tochtergesellschaften aufgrund der angespannten Lage ihrer westeuropäischen Mutterkonzerne weniger Unterstützung bei der Restrukturierung ihrer Bankenbilanzen. Dies führte zu einer Verschärfung der Kreditvergabestandards sowie einer Verknappung verfügbarer Kredite und im Endeffekt zu einer Verlangsamung des Wirt-

Wirtschaftliche Lage in Mittel- und Osteuropa angespannt

Integration des Bankensystems stellt MOE-Länder vor große Probleme

schaftswachstums in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften.

Erneut sattes Plus bei Unternehmensinsolvenzen

Freilich hinterlässt das äußerst schwierige Finanzierungsumfeld im Unternehmenssektor und in letzter Konsequenz im diesjährigen Insolvenzgeschehen der Region seine Spuren (siehe Tab. 14). Wurde schon im Vergleich von 2010 zu 2009 ein massiver Anstieg der Firmenpleiten um 14,1 Prozent registriert, so hat der osteuropäische Unternehmenssektor auch in diesem Jahr einen deutlichen Anstieg zu beklagen. 2011 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um insgesamt 6,1 Prozent. Während im Jahr 2010 noch 37.139 Unternehmen den Gang zum Konkursrichter antreten mussten, waren es 2011 schon 39.423 Unternehmen. Die größten Rückgänge an Insolvenzen meldeten die baltischen Staaten Estland (minus 49,2 Prozent) und Lettland (minus 66,8 Prozent) sowie Rumänien (minus 16,4 Prozent). Hervorzuheben ist an dieser Stelle vor allem der Musterknabe Lettland, der in den vergangenen Jahren vormachte, wie ein Schuldenabbau realisiert werden kann. Die vorbildliche Führung der Staatsfinanzen führte aktuell zu geringeren Einschnitten bei der staatlichen Nachfrage – mit durchaus positiven Auswirkungen auf den lokalen Unternehmenssektor.

Gleichwohl sollte bei aller Euphorie angesichts solch starker Rückgänge bedacht werden, dass sich das Insolvenzrecht in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften recht unterschiedlich darstellt. Ein direkter Vergleich der Insolvenzzahlen miteinander ist somit nicht ohne weiteres möglich und eine Interpretation der Zahlen sollte mit Vorsicht bedacht werden.

Harte Zeiten in Ungarn

Besorgniserregend ist die Insolvenzsituation in Ungarn, wo ein Zuwachs um 16,2 Prozent zu vermelden ist. Zwar ist zu berücksichtigen, dass in Ungarn neben den registrierten Konkursen von fortgeführten Unternehmen auch Liquidationen in die Insolvenzstatistik aufgenommen wurden, nichtsdestotrotz erscheint der Anstieg der Unter-

nehmensinsolvenzen von 17.487 auf 20.322 Firmen bedenklich. Die ernste Lage des ungarischen Unternehmenssektors ist unter anderem auf den instabilen Wechselkurs des Forint zurückzuführen. Die Unternehmen rechnen mit ihren heimischen Kunden in der Landeswährung ab – bezahlen aber in der Regel in ausländischer Währung. Zudem verschulden sich die Unternehmen und Haushalte oftmals in Fremdwährungen. Da der ungarische Leitzins seit Jahren höher als in den Nachbarländern ist, wurden Fremdwährungskredite vergleichsweise attraktiv. Allerdings verlor der Forint im Zuge der Wirtschaftskrise deutlich an Wert, so dass sich die Zinskosten stark verteuert haben.

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa

■	2011	2010	Veränderung 2010/11 in %
Bulgarien	1.500	700	+ 114,3
Estland	256	504	- 49,2
Kroatien	1.450	1.501	- 3,4
Lettland	800	2.407	- 66,8
Litauen	1.512	1.496	+ 1,1
Polen	705	665	+ 6,0
Rumänien	4.580	5.480	- 16,4
Slowakei	870	830	+ 4,8
Slowenien	675	510	+ 32,4
Tschechien	6.753	5.559	+ 21,5
Ungarn *)	20.322	17.487	+ 16,2
Gesamt	39.423	37.139	+ 6,1

*) Konkurse sowie sonstige Liquidationen

Steigend ist die Zahl der Firmeninsolvenzen vor allem in Tschechien und Slowenien. Wenngleich der Auftragsbestand vieler Unternehmen in der Tschechischen Republik gewachsen war und die ökonomische Situation im Unternehmenssektor nach der Finanzkrise weitgehend stabilisiert wurde, stieg die Zahl der Unternehmenspleiten in 2011 auf 6.753 – nach 5.559 im Vorjahr. Dies entspricht einer Steigerung um 21,5 Prozent. Ein Plus verzeichnen auch Slowenien (plus 32,4 Pro-

Auch Tschechien und Slowenien mit argen Problemen

Russland mit Rückgang

zent) und Polen (plus 6,0 Prozent). In Slowenien war es 2011 vor allem die Holzindustrie, die arg gebeutelt wurde – in diesem Segment ging eine Reihe großer Unternehmen in Konkurs. Polen hat 2011 lediglich einen moderaten Anstieg der Insolvenzzahlen zu beklagen. Die Wirtschaftslage Polens ist unter den MOE-Ländern mit am besten. Nachdem Russland im letzten Jahr an dieser Stelle erstmals in der Insolvenzstatistik geführt wurde, hat sich die Lage in diesem Jahr wesentlich gebessert (siehe Tab. 15). So fiel die Zahl der Unternehmenspleiten 2011 um 20,1 Prozent auf 12.794 Insolvenzen (2010: 16.009).

Tab. 15: Unternehmensinsolvenzen in Russland

■	2011	2010	Veränd. in %
	12.794	16.009	- 20,1

Drastischer Anstieg der Privatpleiten – sofern sie denn möglich sind

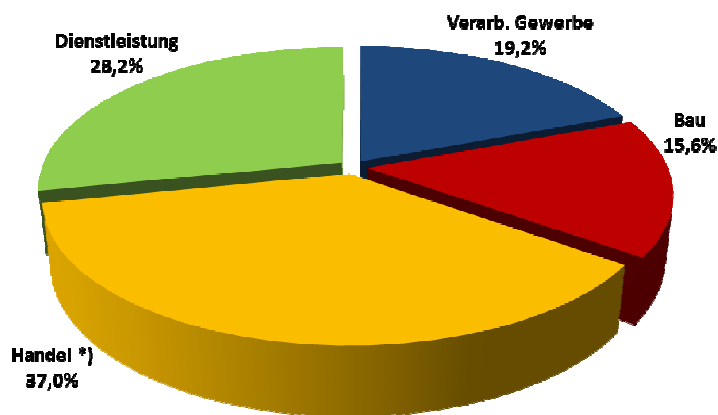
Die Möglichkeit für Privatpersonen, sich über ein geregeltes Insolvenzverfahren zu entschulden, ist in den meisten osteuropäischen Ländern nach wie vor nicht gegeben. So gibt es z.B. in Kroatien, Litauen oder Rumänien keinen rechtlichen Statut, der es überschuldeten Verbrauchern erlaubt, ein Insolvenzverfahren anzustreben. Dort, wo die Möglichkeit einer Privatinsolvenz in den rechtlichen Rahmen implementiert worden war, wurde sie sehr stark genutzt. In der Tschechischen Republik stieg die Zahl der Privatinsolvenzen dramatisch an. Nachdem im vorangegangenen Jahr ca. 10.600 Personen ihren Bankrott erklärten, waren es 2011 17.600. Dies entspricht einem Anstieg um 66,7 Prozent. Ähnliche Steigerungen wurden in Lettland (von 246 auf 810) und Slowenien (von 80 auf 113) Privatinsolvenzen registriert.

Jede dritte Insolvenz ein Handelsunternehmen

Anders als in Westeuropa sind die meisten Insolvenzfälle in Mittel- und Osteuropa nicht dem Dienstleistungssektor zuzurechnen, sondern dem Handel und Gastgewerbe (siehe Abb. 9). Mehr als jeder dritte Insolvenz kandidat (37,0 Prozent) stammt aus dem Handelssektor, der Anteil des Dienstleistungssektors liegt hingegen bei 28,2

Prozent. Vergleichsweise hoch ist der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes. Gut jede fünfte Insolvenz (19,2 Prozent) betrifft einen Betrieb aus der Industrie bzw. der Produktivwirtschaft. 15,6 Prozent der Firmenpleiten betraf ein Bauunternehmen.

Abb. 9: Anteil der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Mittel- und Osteuropa 2011

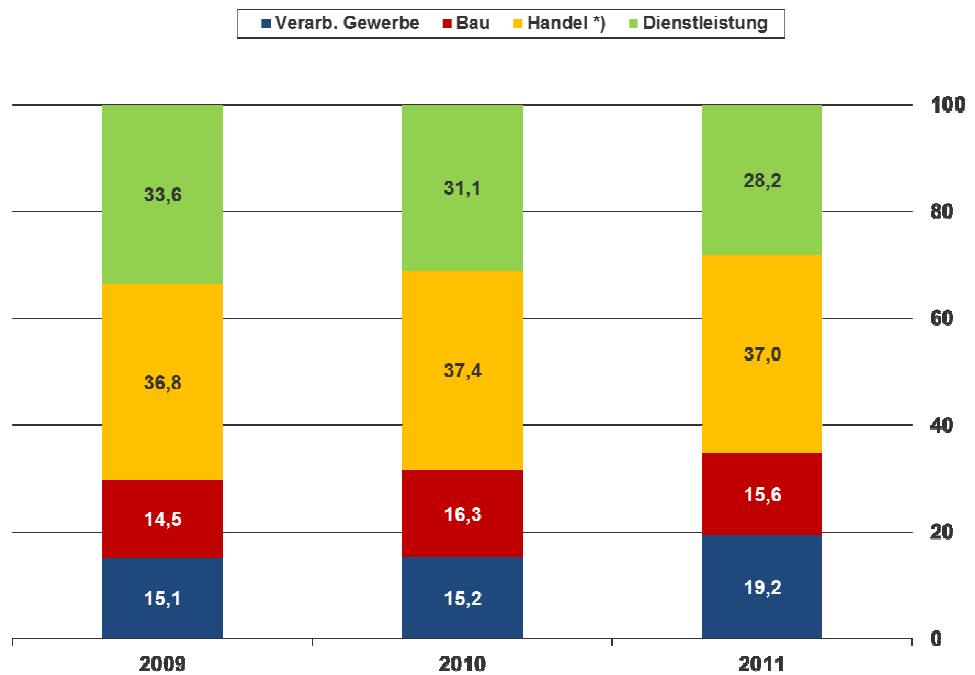


*) inkl. Horeca; Quelle: Creditreform

In der zeitlichen Entwicklung seit 2009 ist zu sehen, dass der Anteil des Handels am Insolvenzgeschehen immer noch am höchsten ist und sich im Zeitverlauf nur geringfügig änderte – von 37,4 auf 37,0 Prozent im Jahr 2011 (siehe Abb. 10). In der Entwicklung des Anteils des Verarbeitenden Gewerbes ist zu erkennen, dass die konjunkturelle Verlangsamung ihre Spuren hinterlassen hat. Kam das Verarbeitende Gewerbe 2009 und 2010 auf einen Anteil von 15,1 bzw. 15,2 Prozent, so stieg er 2011 auf 19,2 Prozent. Der Anteil des Dienstleistungssektors am Insolvenzgeschehen nimmt graduell ab und beträgt 2011 nur noch 28,2 Prozent (2010: 31,1 Prozent, 2009: 33,6 Prozent). Der Anteil des Baugewerbes ist hingegen wieder etwas zurückgegangen (15,6 Prozent), nachdem dessen Anteil im Vorjahresvergleich noch von 14,5 auf 16,3 Prozent zugenommen hatte.

Rückläufiger Trend im Dienstleistungssektor

Abb. 10: Entwicklung des Anteils der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Osteuropa (in %)



*) inkl. Horeca; Quelle: Creditreform, NACE Rev. 2, eigene Berechnungen

Nicht alle MOE-Länder führen entsprechende Statistiken in Bezug auf die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste. Gleichwohl konnten für einige Länder Osteuropas Zahlen zu den betroffenen Arbeitsplätzen ermittelt werden: so in Tschechien (52.000), Ungarn (50.000), Polen (43.500), Bulgarien (15.000), Lettland (8.000), Slowenien (2.500) und Estland (1.500). Hochgerechnet auf das gesamte Mittel- und Osteuropa sind damit ca. 230.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen gewesen. Das sind mehr als im Jahr zuvor (2010: 200.000), wobei Bulgarien jedoch im letzten Jahr nicht berücksichtigt wurde.

Magere Aussichten für Osteuropa

Die Prognosen für das Jahr 2012 sehen nicht rosig aus. Eine weitere Verschlimmerung der Lage in der Euro-Zone und ein damit verbundener verschärfter Schuldenabbau der westeuropäischen Banken könnte Mittel- und Osteuropa vor systemische Finanzprobleme stellen – mit dramatischen Konsequenzen für das dortige Wachstum sowie die Insolvenzsituation. Eine Rezession in

der Euro-Zone dürfte sich in einer wesentlich schwächeren Entwicklung der osteuropäischen Exportmärkte mit entsprechenden Rückwirkungen für das dortige Wachstum niederschlagen. Erik Berglöf, Chefvolkswirt der Osteuropabank EBRD, prognostiziert momentan ein Wachstum von 3,1 Prozent in der Region. Besonders düster sieht der Ausblick für Länder wie Slowenien und Ungarn aus, die voraussichtlich in eine Rezession abrutschen werden. Im Gegensatz dazu werden sich Volkswirtschaften, die einen geringeren Integrationsgrad mit Westeuropa aufweisen, vermutlich verhältnismäßig gut entwickeln.

■ 6 USA

Die US-amerikanische Wirtschaft versuchte im Jahr 2011 Fuß zu fassen und kämpfte mit einem größtenteils verhaltenen Wachstum und einem angeschlagenen Arbeitsmarkt. Besorgniserregend ist und war insbesondere das Nichtzustandekommen einer politischen Einigung in Bezug auf die Verringerung der amerikanischen Staatsschulden. So haben die dürftigen Haushaltsaussichten zu einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA geführt. US-amerikanische Staatsanleihen sind fortan nicht mehr mit dem Top-Rating sondern mit einem AA+ versehen. Da im Hinblick auf die zukünftige Konsolidierung des US-Haushalts ein beträchtliches Maß an Unsicherheit besteht, wird der Ausblick unter den Ratingagenturen negativ bewertet.

Die Erholung der amerikanischen Wirtschaft setzte sich in der ersten Jahreshälfte 2011 fort – erhielt jedoch einen erheblichen Dämpfer durch die verheerende Naturkatastrophe in Japan, welche vor allem der amerikanischen Automobilindustrie schwer zusetzte. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte nahm die konjunkturelle Erholung an Fahrt auf, nachdem im ersten und zweiten Quartal ein Wachstum von 0,4 bzw. 1,3 Prozent verzeichnet wurde. Der Anstieg der Konsumausgaben und erhöhte Investitionen führten dazu, dass die Wirt-

Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA

Amerikanischer Arbeitsmarkt weiter angespannt

schaft im dritten Quartal um 1,8 Prozent wuchs und im letzten Quartal 2011 mit 2,8 Prozent noch einmal deutlich anzog. Deutete sich zum Jahresende hin noch eine moderate Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt an, so wird die Erwerbslosenquote mit 8,2 bis 8,5 Prozent auch im Jahr 2012 vergleichsweise hoch bleiben.

Tab. 16: Insolvenzen in den USA

■	2011	2010	Veränd. in %
Gesamt	1.459.500	1.593.081	- 8,4
Unternehmen	48.500	56.282	- 13,8
Privatpersonen	1.411.000	1.536.799	- 8,2

Rückgang bei Privatpleiten

Der für US-amerikanische Verhältnisse hohen Arbeitslosenquote zum Trotz scheinen die US-Bürger zumindest begriffen zu haben, dass ein derart hohes Ausmaß der Verschuldung auf Dauer nicht haltbar ist. Dementsprechend war das Jahr 2011 vor allem durch den Schuldenabbau der privaten Verbraucher gekennzeichnet. Während die Zahl der Privatinsolvenzen seit 2006 kontinuierlich gestiegen war, scheint sich diese Entwicklung zu verlangsamen (siehe Tab. 16). So wurden 2011 8,2 Prozent weniger Verfahren eröffnet. Insgesamt erklärten rund 1,41 Millionen US-Bürger ihren privaten Bankrott, nachdem es im vergangenen Jahr noch rund 1,54 Millionen Privatpleiten waren. Obwohl sowohl der Arbeits- als auch der Immobilienmarkt, mit dem die Finanzkrise von 2007-09 ihren Ausgang nahm, weiterhin unter Druck bleiben, wird eine weitere Erholung bei den Privatinsolvenzen prognostiziert. So argumentiert der Geschäftsführer des American Bankruptcy Institute Samuel Gerdano, dass die US-amerikanischen Konsumenten ihre Verschuldung weiter reduzieren, so dass die Zahl der eröffneten Verfahren im Jahr 2012 weiter sinken werde.

Weiter rückläufige Zahl der Privatinsolvenzen prognostiziert

Gleichermaßen positiv entwickelte sich die Insolvenzlage im Unternehmenssektor. Die Erholung des Unternehmenssektors setzt sich 2011 fort,

was sich mitunter in einem Anstieg der Unternehmensinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte widerspiegelte. Folglich ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zurück. Im Jahr 2011 mussten nur noch 48.500 Unternehmen den Gang zum Konkursrichter antreten, nachdem im vergangenen Jahr noch 56.282 Insolvenzen gezählt wurden. Das entspricht einem Rückgang um 13,8 Prozent. Erfreulich ist dabei, dass damit die positive Entwicklung weiter anhält und sogar an Fahrt gewinnt. Bereits im vergangenen Jahr war die Zahl der Firmeninsolvenzen um rund sechs Prozent zurückgegangen.

***Nur 48.500 Unternehmen
im Jahr 2011 insolvent***

Trotz der hier dargestellten Aufwärtstendenzen stellt sich der Ausblick für 2012 verhalten dar. So konstatierte Timothy Geithner, der US-Finanzminister, zu Beginn dieses Jahres, dass die USA noch über einen längeren Zeitraum mit den Aufräumarbeiten der Schäden aus der jüngsten Finanzkrise beschäftigt sei. Dementsprechend hat die Federal Reserve Bank unlängst verlautbart, dass sie den Leitzins voraussichtlich noch bis 2014 auf dem außergewöhnlich niedrigen Niveau belassen wird. Der Zielzinssatz für Tagesgeld liegt aktuell in einem Korridor von 0,0 bis 0,25 Prozent.

***Verhaltener Ausblick -
Leitzins wird bis 2014 auf
Tiefststand verharren***

■ 7 Zusammenfassung

Die europäische Schuldenkrise hatte das europäische Wirtschaftsgeschehen 2011 fest im Griff. Bei der Betrachtung der Insolvenzsituation in den EU-15 plus Norwegen und der Schweiz waren die Auswirkungen der Krise deutlich spürbar. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Jahr 2011 auf 174.917 gestiegen. Damit konnte ein marginaler Anstieg von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr registriert werden, als es noch 174.463 von einer Insolvenz betroffene Unternehmen waren. Die Zahl der Insolvenzen befindet sich im historischen Vergleich immer noch auf einem bedenklich hohen Niveau. Nur der vergleichsweise positiven Entwicklung in den Kernländern Europas ist es zu verdanken, dass die Insolvenzsituation in

diesem Jahr kein dramatischeres Ausmaß angenommen hat.

Im westeuropäischen Insolvenzgeschehen zeichnet sich eine recht eindeutige Tendenz ab, so dass man fast von einer Zweiteilung Westeuropas sprechen kann. Während sich die Unternehmenssektoren und die entsprechende Insolvenzlage in Kernländern wie Deutschland (30.200 Fälle; minus 5,8 Prozent), Frankreich (49.506 Fälle; minus 3,0 Prozent), Dänemark (5.447 Fälle; minus 15,7 Prozent) oder den Niederlanden (7.000 Fälle; minus 2,9 Prozent) verhältnismäßig positiv entwickelten, war es um die Peripherieländer Griechenland (452 Fälle; plus 27,3 Prozent), Spanien (5.752 Fälle; plus 18,7 Prozent), Italien (11.792 Fälle; plus 16,9 Prozent) und Portugal (6.025 Fälle; plus 17,1 Prozent) schlecht bestellt. Mit Sicherheit ist die Problematik sehr viel komplexer und um einige vielschichtige Wirkungskanäle reicher. Dennoch kann festgestellt werden, dass sich die derzeitige wirtschaftspolitische Lage vor dem Hintergrund der Schuldenkrise quasi analog in der derzeitigen Insolvenzsituation Europas niederzuschlagen scheint. Dabei ist augenscheinlich, dass insbesondere die am stärksten betroffenen Volkswirtschaften – Griechenland, Spanien, Italien, Portugal sowie Irland – auch diejenigen sind, die in der Statistik der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa am schlechtesten abschneiden.

Der Hauptwirtschaftsbereich, der den größten Anteil am Insolvenzgeschehen hatte, war der Dienstleistungssektor. Mit einem Anteil von 36,9 Prozent aller registrierten Insolvenzfälle nehmen die Dienstleister weiterhin die Spitzenposition ein. Insgesamt wurden ca. 65.598 Unternehmenspleiten gemeldet. Dahinter kommt das Handels- und Gastgewerbe mit etwa 54.574 insolventen Firmen, was einem Anteil von 31,2 Prozent entspricht. Aus dem Bausektor musste gut jedes fünfte Unternehmen (21,4 Prozent) den Gang zum Konkursrichter antreten – in absoluten Zahlen waren es 37.432 Baufirmen. Eine aus zehn Insolvenzen

(10,5 Prozent) betrifft ein Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe – das sind in absoluten Zahlen 18.366 betroffene Unternehmen. Rückgänge der Insolvenzzahlen konnten im Verarbeitenden Gewerbe (minus 3,2 Prozent) und im Dienstleistungssektor (minus 1,7 Prozent) vermeldet werden. Dahingegen zeigte sich die angespannte wirtschaftliche Situation im Bausektor (plus 2,2 Prozent) und im Handelsgewerbe (plus 2,4 Prozent).

Die Verschärfung der Lage im europäischen Insolvenzgeschehen hat sich auf die insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit ausgewirkt. So ist die Zahl der durch Insolvenz bedrohten Arbeitsplätze im Jahr 2011 um 7,1 Prozent auf 1,5 Millionen gestiegen (2010: 1,4 Millionen). Die auf hohem Niveau stagnierende Zahl der Insolvenzen insgesamt sowie die zunehmende Zahl von Großinsolvenzen mit mehreren Tausend Entlassungen führten zu einer Erhöhung der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste.

Die Situation bei den Privatinsolvenzen hat sich leicht entspannt. Während im vergangenen Jahr noch ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war, ist die Zahl der Insolvenzfälle bei Privatpersonen im Jahr 2011 zurückgegangen. In den Volkswirtschaften, die eine entsprechende Statistik zu Privatinsolvenzen führen, wurden insgesamt 373.284 Fälle gezählt – das sind 1,5 Prozent weniger Privatinsolvenzverfahren als im Vorjahr. In absoluten Zahlen wurde ein Rückgang um rund 5.800 Personen registriert. Ein deutlicher Zuwachs bei den Privatpleiten konnte in Frankreich (56.079 Fälle; plus 26,4 Prozent), in den Niederlanden (14.344 Fälle; plus 26,0 Prozent) sowie Finnland (3.531 Fälle; plus 19,7 Prozent) festgestellt werden. Den größten Anteil an der Zahl der Privatinsolvenzen haben zwar Deutschland und Großbritannien, nichtsdestotrotz konnte in diesen Ländern eine rückläufige Entwicklung registriert werden. Während die Zahl der Privatinsolvenzen in Deutschland um 5,8 Prozent zurückging (129.800 Fälle),

waren in Großbritannien 13.841 weniger Fälle zu beklagen (143.871 Fälle; minus 8,8 Prozent)

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa ist merklich gewachsen (plus 6,1 Prozent). Nachdem es im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch 37.139 Unternehmenskonkurse waren, wurden im Jahr 2011 insgesamt 39.423 Insolvenzfälle gezählt. Die stärksten Zuwächse gab es in Bulgarien (1.500 Fälle; plus 114,3 Prozent), Ungarn (20.322 Fälle; plus 16,2 Prozent), Tschechien (6.753 Fälle; plus 21,5 Prozent) und Slowenien (675 Fälle; plus 32,4 Prozent). Ein Rückgang der Zahl der Firmenpleiten konnte vor allem in Rumänien (4.580 Fälle; minus 16,4 Prozent), Lettland (800 Fälle; minus 66,8 Prozent) sowie Estland (256 Fälle; minus 49,2 Prozent) registriert werden. Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen hatten das Handels- und Gastgewerbe mit 37,0 Prozent und das Dienstleistungsgewerbe mit 28,2 Prozent. Einen geringeren Anteil hatten das Verarbeitende Gewerbe und der Bausektor mit 19,2 bzw. 15,6 Prozent.

Die Aussichten für 2012 sind eingetrübt. Große westeuropäische Volkswirtschaften – darunter Spanien und Italien – werden voraussichtlich in eine Rezession rutschen. Und auch in der Bundesrepublik wird der konjunkturellen Erholung ein Ende gesetzt werden – lediglich die robuste Binnennachfrage wird ein weiteres Abgleiten (0,7 Prozent; BMWi) verhindern. Und während die Kreditklemme in Mittel- und Osteuropa schon angekommen zu sein scheint, greift derzeit auch in Westeuropa die Furcht vor einer Kreditverknappung um sich. So scheint die Kreditvergabe momentan in einigen Volkswirtschaften maßgeblich gestört zu sein. Unter diesen Vorzeichen ist für das Jahr mit einer weiteren Zunahme der Unternehmensinsolvenzen zu rechnen, die 2012 wesentlich ausgeprägter ausfallen wird, als dies 2011 der Fall war. Wie stark die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zunehmen wird, hängt zu einem Großteil auch davon ab, wie schnell die

politischen Entscheidungsfinder die Staatsschuldenkrise in den Griff bekommen. Sollte sich die Bewältigung der Krise über den Sommer hinausziehen, ist mit ernsthaften Konsequenzen für die Fremdfinanzierung der Unternehmen, die wirtschaftliche Lage und die Zahl der Insolvenzen zu rechnen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Tel.: (02131) 109-171

Red.: Dr. Benjamin Mohr, Tel.: (02131) 109-172

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2012, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten.

Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 07. Februar 2012

Verzeichnis der Informationsquellen

Belgien:	StatBel Institut National des Statistique, Brüssel Graydon Belgium NV SPF Economie, P.M.E.
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Verband der Vereine Creditreform e.V. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistikcentralen Finland, Helsinki
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques Banque de France
Griechenland	ICAP Group S.A., Athen Bank of Greece National Statistical Service of Greece Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen
Großbritanni- en:	Office for National Statistics, London The Insolvency Service
Irland:	Central Statistical Office Insolvency Journal
Italien:	Creditreform Italia Modena ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	Creditreform Luxembourg SA STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Econo- miques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Creditreform Austria, Wien Österreichisches Statistisches Zentralamt

Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer, Lissabon Coface Portugal
Schweden:	Statistics Sweden Kronofogden, Amt für Beitreibung und Vollstreckung
Schweiz:	Schweiz. Verband Creditreform, St. Gallen Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica
USA	US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C. American Bankruptcy Institute

Weitere Quellen:

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Quartalsberichte
Bureau van Dijk
BMW (Bundeswirtschaftsministerium); Jahresbericht
Europäische Zentralbank (EZB) Monatsberichte
European Bank for Reconstruction and Development, Regional Economic Prospects
Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook

Creditreform Gesellschaften in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland
Creditreform Latvija SIA, Lettland
Creditreform Lietuva UAB, Litauen
Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen
Creditreform k.s., Slowakei
Creditreform d.o.o., Slowenien
Creditreform s.r.o., Tschechien
Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn
Creditreform d.o.o. Kroatien
Creditreform Romania
Creditreform Bulgaria EOOD
Creditreform RUS

